

Kauf
„Palmo“
Mostrich!

Erscheint
an allen Werktagen.

Fernsprecher: 6105, 6275.
Tel.-Ahr.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200 283 in Posen.

Bezugspreis monatlich bei der Geschäftsstelle 5.— zl. bei den Ausgabestellen 5.25 zl. durch Zeitungsboten 5.50 zl.
durch die Post 5.— zl ausschließlich Postgebühren, ins Ausland monatlich 4.— Goldmark einschließlich Postgebühr.

Bei höherer Gewalt. Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzelle (38 mm breit) 45 Gr.
Anzeigenteil 15 Groschen.
für die Millimeterzeile im Reklameteil 45 Groschen.
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzelle (90 mm breit) 135 gr.
Auslandserate: 100% Aufschlag.

Ventzki
Ein- und Mehrschar-Pflüge
alle Pflug-Ersatz-Teile
liefer sofort ab Lager
Woldemar Günter
Landmaschinen
Poznań, Sew. Miłoszykie
Telephon 52-25.

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200 283 in Posen.

Bezugspreis monatlich bei der Geschäftsstelle 5.— zl. bei den Ausgabestellen 5.25 zl. durch Zeitungsboten 5.50 zl.
durch die Post 5.— zl ausschließlich Postgebühren, ins Ausland monatlich 4.— Goldmark einschließlich Postgebühr.

Bei höherer Gewalt. Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Wege der Regierung.

Bei der Beratung des Budgets. — Klagen des Herrn Gąbiński. — Die Sorgen der Nationaldemokratie. — Das heilige Feuer beim Jeremoniell. — Die folgerichtigen Schritte des Marschalls Piłsudski. — Das Pressegesetz.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 17. November. Nachdem am letzten Sonnabend der Finanzminister sein höchst interessantes Exposé der Kammer vorgelegt hat, ist der Sejm nun heute in die Beratung eingetreten. Beratung des Budgets sagt man, und Ausschüttung aller Klagen, die man gegen die Regierung irgendwie in Bewegung setzen kann, meint man. Und so ist denn an erster Stelle jene Stimmung zum Ausdruck gekommen, die entstanden ist, weil niemand im Grunde genommen genau weiß, wohin die Wege der Regierung, oder klarer gesagt die ihres übermächtigen Führers, des Marschall Piłsudski, hinführen. Am deutlichsten gaben seinen Schmerzen den Führer der Nationaldemokraten, Herr Gąbiński, Ausdruck. Und das ist leicht zu begreifen. Denn es gibt keine Partei im Sejm, der das rätselhafte Vorgehen Piłsudskis so viele und große Sorgen macht, wie eben der Nationaldemokrat. Piłsudski hat sich in Niemcewiz mit den Adelsmagnaten und dem Großgrundbesitz verbunden. Die Adelsmagnaten und der Großgrundbesitz sind aber die Geldgeber der Nationaldemokratie, die bei den Wahlen in eine hölliche Geldverlegenheit geraten, wenn sich diese reiche Quelle für sie verschließt und die Geldmittel der neuen konservativen Piłsudski-Partei aufzufüllen werden, die dieser Tage im Warschauer Palast des Fürsten Janusza Radziwiłł gegründet wurde.

Herr Gąbiński ist deshalb sehr schlecht auf die Regierung und ihre Arbeiten zu sprechen. Wenn man seine Rede durchliest, so könnte man meinen, daß die Rollen vertauscht worden sind, und daß man einen Radikalen von der Sorte Bytkas hörte, der gegenüber den früheren rechtsgerichteten Regierungen, man darf wohl sagen mit einem größeren Rechte, als das nun Gąbiński tut, die künftlichen Geände der Budgetaufstellungen zu zertunnen suchte. Heute rechnet Herr Gąbiński seinen Landsleuten — und auch dem Ausland — vor, daß das Budget nichts wert sei, daß es nur dem Scheine nach mit einer ausgewogenen Bilanz abschließe, daß aber schon allein die Erhöhung der Beamtengehälter ein Defizit von 200 Millionen verursachen werde. Wir glauben, daß dieser zur Schau getragene Pessimismus des nationaldemokratischen Herrn nicht ganz frei ist von persönlichem Parteiauger, und wie unsererseits haben bereits unsere objektivere Berechnung geprägte günstigere Meinung über die Ausichten des Budgets dargelegt. Wer war Herr Gąbiński von der Dummheit, in der die politische Öffentlichkeit und die polnischen Parteien hinsichtlich der Absichten der Regierung, oder besser gesagt, Piłsudski schweigen, wird von den Vertretern aller Parteien entweder in ihren Organen oder doch in den Gesprächen fortan erneut wiederholt.

Das Nächste hat begonnen nach der berühmten Tagung von Niemcewiz. Aus den dort gehaltenen Reden hat man gehört, daß die Machtbefugnis des Staatsoberhauptes vergrößert werden soll und daß Piłsudski die einzige Person sei, die die nötige Autorität besitzt. Also Piłsudski wird Reichsverweser oder doch etwas ähnliches werden, so hieß es, wir können wohl behaupten, in eingeweihten Kreisen. Dann kam das kleine Vorgeplänkel mit etwas komischen Einschlägen. Die große Frage mußte entschieden werden, ob die Versammlung der Sejmmitglieder aufzuhören oder sich bleiben dürfen, wenn der Sejmarschall die drei Worte des Staatspräsidenten verliest, mit denen die Session eröffnet wird. Piłsudski bestand mit heiligem Feuer auf der Forderung des Aufzehens. Es dauerte tagelang, bis man zu einer Lösung kam, und inzwischen wurde der eigentliche letzte Termin für die Eröffnung der Sitzung verpaßt. Es gab eine richtige Spannung zwischen Regierung und Sejm, ganz allein über die Frage des Aufzehens. Und als es gar nicht mehr anders ging, ließ man den Staatspräsidenten persönlich die Verlesung vornehmen. Aber Piłsudski sorgte dafür, daß die Parlamentarier sich zu dem Präsidenten ins Schloß zu begeben hatten und nicht, wie dies früher üblich war, der Präsident zu den Parlamentariern in Sejm gebäude. Im Schlosse aber gibt es im großen Saale überhaupt keine Stühle, so daß es eigentlich unmöglich war, sich zu setzen. Wie sah sich aber die Abgeordneten über dieses „ins Schloß bitten“ geärgert haben, das zeigt sich wieder darin, daß eine ganze Anzahl von ihnen sich weigerte, dieser Einladung Folge zu leisten. Sieht man nun von der komischen Seite dieses Zwischenspiels ab und nimmt man die Folgerichtigkeit in Anmerkung, mit der Piłsudski seine Maßnahmen an treffen will, so sieht man deutlich, daß Piłsudski seine Linie einhält und auch im Jeremoniell in königlicher Weise vorsorgt. Denn es soll ja einmal ein Reichsverweser entstehen und es gibt genug Leute, die noch weitergehende Hoffnungen, nämlich auf die Errichtung einer Monarchie haben.

Und das Pressegesetz? Nun, es ist ein Mittel, um sich im voraus schon die Hand zu haben, um bequeme Blätter bei etwa erfolgenden einschneidenden Änderungen unbedingt zu machen. Da aber das Gesetz sich gegen die Presse einerseits ehrlich entrüstet gewesen. Liebermann von den Sozialisten hat in der Kommission und auch im Sejm den Antrag gestellt, das Gesetz, das in der Form einer Verfügung vorliegt, einfach abzulehnen. Von Seiten der unabhängigen Bauern wurde eine formale Einwendung erhoben. Man sollte abwarten, bis die Regierung die Verfügung dem Sejm vorlege und dann Stellung nehmen. Aber die Liebermannsche Ansicht drang bei allen Parteien durch. Nur eine einzige Richtung und eine einzige Zeitung hat bezeichnetenweise sich für die Gesetzesverfügung zur Anerkennung der Presse eingestellt. Und wer war das? Ausgerechnet das monarchistische „Slowo“ in Wilna, dessen Redakteur die Seele der monarchistischen Bewegung ist, und der auch als einziger Journalist auf der denkwürdigen Tagung von Niemcewiz zugelassen war und der auch dem Arrangement dieser Versammlung nicht fern stand. Kann man noch zweifelhaft darüber sein, wohin der vernichtende Wind dieses Pressegesetzes hinweisen sollte, und was er zum Aufblühen bringen sollte?

Wichtiges aus der Sejmssitzung.

Wir haben im Sejm eine anslagende Rede des nationaldemokratischen Abgeordneten Gąbiński gehört, und eine in ihren verbreiteten Enthüllungen und offenen Kündgebungen der nächsten Absichten des monarchistischen Lagers recht aufflarende Rede des christlich-nationalen Partei Dubanowicz. Die christlich-nationalen Partei, zugleich die Partei der Großgrundbesitzer, ist bekanntlich die einzige Gruppe im Sejm, die sich entschlossen zum Monarchismus bekannt hat. Wenn man irgendwie eine Partei der Großgrundbesitzer oder der Konservativen oder der Piłsudski-freundlichen Monarchisten im Sejm bei den Wahlen zu stände bringen will, so muß man zunächst das Wahlrecht ändern. Denn unter der Wirkung des jetzigen demokratischen Verhältniswahlrechtes, das allen Gruppen zur Vertretung verhilft (allerdings bricht die gegen die Deutschen und andere Minderheiten gerichtete Eintheilung der Wahlkreise wieder in dieses demokratische Prinzip in ungedeckter Weise), geht es in dieser Form nicht. Man muß also eine Art Klassenwahlrecht schaffen. Man muß, wie sich Dubanowicz ausdrückt, das System ändern, auf dem der Staat aufgebaut ist. Und da die von Piłsudski eingeführte Art der Motivierung ihre Popularität erwiesen hat, so sagt auch Herr Dubanowicz nach, was Piłsudski schon deutlicher und größer beim Warschauer Tee berühmten Anwesen gesagt hatte, nämlich, daß der jetzige Sejm nichts taugt und daß man „im Namen der Moral und des Rechtsbewußtseins“ neue Formen finden müsse, um einen neuen Sejm zusammenzustellen (in dem natürlich die Anhänger der vermehrten Machtsbefugnis des Staatsoberhauptes und die Großgrundbesitzer das Überge wicht haben!). Wir sehen also, wie der von Piłsudski einmal vorgezeichnete Weg ganz folgerichtig seine Richtung weiterführt.

Und was sagt nun Herr Gąbiński, der Führer der Nationaldemokratie? Er ist seitdem die Nationaldemokratie in eine so unvorteilhafte Opposition zur Regierung gedrängt wurde, ganz Geist der Verneinung. Wenn man ihm glauben dürfte, dann stände Polen vor den größten Gefahren. Sicht er, noch freu seinem früheren Gedankenkreis, zum österreichischen Kriegstreben (Piłsudski hat seinerzeit dennoch geträumt, das Wilnaer Gebiet in einer Art Staatenform an Polen anzuschließen)? Oder will er gar autonome, also sich selbst verwaltende Länder innerhalb Polens schaffen? Mit dieser Autonomie habe man schon in Oberschlesien die schauderhaftesten Erfahrungen gemacht, so sagt Gąbiński, dem noch der Gedanke über das Wahlergebnis in Oberschlesien in den Gliedern sitzt. Selbstverständlich zieht er nach nationalistischem Gebrauch auch gegen die Minderheiten ins Feld. Es gibt keine Minderheiten, sondern nur Polen, so ruft er aus. Man dürfte wünschen, er habe recht. Denn in Polen sollte es eigentlich so sein, daß die Minderheiten derart gleichberechtigt in ihren kulturellen Rechten mit den Polen behandelt würden, daß sie in Wahrheit den Namen eines polnischen Staatsbürgers in Ehren führen dürfen. Er (Gąbiński) spricht vom revolutionären Bewegung in Ostgalizien, weil dort der Schulrektor Sobinski ermordet wurde, und von einer gleichen Bewegung im Wilnaer Gebiet, denn dort wurde eine Organisation aus Bauern und Arbeitern gegründet, die angeblich danach strebt, das Land von Polen loszureißen. Der Export betrage in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres mit 937 Millionen bloß nur einige Millionen mehr als im Vorjahr, und die Einführung sei von 1412 Millionen auf 817 Millionen zurückgegangen. Aber gerade diese Einchränkung der Einführung verhindert Polen ja dem System des Ministers Grabstädt, dem auch der Parteidirektor Gąbiński, Finanzminister Bożciechowski, gefolgt ist. Er zweifelt daran, daß die vom Minister in das Budget eingestellten Zahlen aus den Steuertätigkeiten auch wirklich eingehen werden. Und schließlich kommt die Hauptbeschwerde, die alle anderen Beschwerden erklärt: die Regierung Piłsudski führt einen Kampf gegen die Nationaldemokratie. Wir, die wir diesen Parteilämpfern stehen und die Lage rein objektiv beurteilen, müssen davor warnen, im Ausland die Rassendämonie Piłsudskis allzu ernst zu nehmen. Die Lage ist in der Tat um ein Bedeutendes besser, als sie dieser Fachpatriot schildert.

Die oberschlesischen Wahlen

haben selbstverständlich noch mehr als einen Nebenerfolg einer Auslassung gezeigt. Am interessantesten war hier Kwiatkowski von den „Christlichen Demokraten“, also von der Partei Koranty. Er sagte mit einer merkwürdigen Offenheit: „Die Wahlen in Oberschlesien haben mich keineswegs überrascht. In Oberschlesien wechseln die Stimmen. Es gibt dort nur wenige erklärte Pole! Und die neuen Beamten orientieren sich nur sehr wenig nach der Stimmung der Bevölkerung. Man nimmt nicht genug Rücksicht auf den katholischen Glauben, dem die Leute sehr zugewandt sind, und vor allem die Lehrerschaft rechnet nicht mit den katholischen Gefühlen der Masse.“

Rum ja, und dann hat er einmal einen Deutschen gerichtet verklagt, weil er nach der Meinung Kwiatkowskis antipolnische Agitation betrieb, und man denkt, der böse Richter hat diesen Deutschen freigesprochen, so eine Gemeinheit! Aber dieser Deutsche hat bei dem Richter im Hause verkehrt, so sagt Kwiatkowski in merkwürdiger Gischtung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der polnischen Richter.

Dann sprach der Sozialist Marek, im ganzen ohne das große Interesse zu erkennen, das sonst seinen Reden beizumessen ist. Und doch wird sich die Stellung der Sozialisten zur Regierung bei der oppositionellen Haltung, die sie einnehmen, im Laufe der Diskussion noch entfalten müssen. Vorläufig ist Moraczewski, dem die freie Wahl gelassen wurde, entflohen aus der Regierung auszutreten, die das reaktionäre Pressegesetz geschaffen hat, oder die sozialistische Partei zu verlassen, aus der Partei ausgeschieden und in der Regierung Piłsudskis verblieben. Aber dies ist nur der Anfang zu weiteren ernsteren Auseinandersetzungen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die Polnische Telegraphenagentur (Pat.) meldet aus Berlin: „Auf Grund von Informationen, die von uns bei einer zuständigen Stelle eingeholt wurden, ist der Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in Berlin gegenwärtig folgender: In letzter Zeit ist, namentlich in der deutschen Presse, das Gerücht aufgetaucht, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen erschüttert worden und ein baldiger Abbruch drohe. Demgegenüber ist festzustellen, daß dies der tatsächlichen Lage der Dinge nicht entspricht, und daß es nichts außeres ist als die Widerspiegelung bestimmter Schwierigkeiten, die sich von Zeit zu Zeit aus dem großen Komplex der von den Verhandlungen erfaßten Fragen herausheben müssen.“

Ein neues Pressegesetz.

Nach einer Meldung der „Agencia Wschodnia“ ist das Justizministerium daran gegangen, einen neuen Pressegesetzentwurf auszuarbeiten, der die gerichtliche Rechtsprechung in kürzerer Frist nach Anhängung des Verfahrens vor sieht. Das neue Gesetz soll am 27. November veröffentlicht werden. Im Zusammenhang damit ist die Verfassungskommission nicht zusammengekommen. Die Regierung hat zu verstehen gegeben, daß sie das Dekret nicht in den Sejm einbringen will, sondern dem Justizministerium die Ausarbeitung eines neuen Entwurfs aufgetragen hat. Der „Kurier Poznański“ meint, daß in der Provinz das neue Dekret angewandt würde, besonders eifrig in der schlesischen Woiwodschaft während in der Hauptstadt die Beschagnahme von Zeitungen auf Grund der vor dem Dekret gültigen Gesetze erfolge.“

Tagung der Landwirtschaft.

Der zweite Tag der Beratungen der Landwirtschaftskonferenz, die vom Vizepremier Bartel einberufen worden ist, war der Entgegennehmen einer Reihe fachmännischer Referate gewidmet, die die dringendsten Bedürfnisse der einzelnen Zweige der agrarischen Produktion schilderten. Der Wdg. Niedzielski sprach über das landwirtschaftliche Schulleben, Herr Szadkowski erörterte in seinem Referat die Form der Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Kreise mit den Staatsbehörden unter Vermittlung der einzelnen Organisationen. Der Agrarreformminister stellte in einer längeren Rede fest, daß die Grundlage für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in Polen vor allem die Nationalisierung der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze sei, die durch eine planmäßige Durchführung der Aktion zur Regelung der Agrarverfassung in Polen zu erreichen wäre.

Der Minister betonte ferner, daß es nötig sei, solche Bedingungen sicherzustellen, daß die Landwirtschaft tatsächlich Rentabilität ihrer Arbeit und gebührende Gewinne erlangt. Der Arbeits- und Wahlrechtsminister erörterte die Vorwürfe, die gegen die polnische Sozialgesetzgebung gemacht werden, und gab zu, daß die Gesetzgebung in ihrer Ausführung eine Reihe von Unzulänglichkeiten aufweise. Die Mängel ließen sich durch eine Nationalisierung der Administration und der Herausbildung der Verwaltungsflosken, vor allem aber durch die Ausformung von Sicherungsinstitutionen beseitigen, ohne die Leistungen für die Verdichter anzuhalten. Der Vizepremier schloß die Beratungen um 2 Uhr nachts mit der Feststellung, daß die Arbeit von Führungnahme mit den Wirtschaftskreisen von großer Bedeutung sei. Unter Hinweis auf das hohe Alter der Beratungen sagte er, daß das zutage geförderte Material eine beträchtliche Stütze für die Regierungswarbeiten bilden werde. Er versicherte, daß die Regierung weiter danach streben wolle, mit den Wirtschaftskreisen in engster Führung zu stehen.

Zur Konferenz meldet die „Agencia Wschodnia“ noch folgendes: „Die Konferenz des Vizepremiers Bartel mit Vertretenen landwirtschaftlichen Kreise ist beendet. Es wurde davon erkannt, daß das Problem der Agrarreform die große Landwirtschaft von den kleinen trenne und daß deshalb die Schaffung einer für das ganze Land umfassenden landwirtschaftlichen Organisation verfrüht wäre. Als reales Ergebnis der Beratungen ist einstweilen die Frage der Bildung einer agrarischen Gutsaktion vom Mission beim Wirtschaftskomitee des Ministerrates aufgegeben worden.“

Oberschlesien.

Bombenattentat in Ruda.

Gestern abend gegen 11 Uhr wurde in Ruda-Süd (Karl-Emanuel) gegen das der Grafschaft Oberschlesien gehörige Haus, ul. Krakowska 27, ein Bombenattentat verübt. Die Detonation war weitinhörbar. Mehrere Fensterscheiben des Hauses sowie der anliegenden Spieldiele wurden zertrümmert. Die herbeigeholte Polizei erschien gegen 12 Uhr. Von den Attentätern fehlte jede Spur. Wie dem „Oberschlesischen Kurier“ mitgeteilt wurde, ist der Bizevire des Hauses, Skulka, vor einigen Tagen bedroht worden.

Terror gegen deutsche Zeitungsanträger.

Der „Oberschles. Kurier“ schreibt: „Als der von Katowic um 3 Uhr nachmittags kommende Zug in Ruda eintraf und die Zeitungsanträger des „Oberschlesischen Kurier“ ihre Zeitungspäte zum Weitertrieb befördern wollten, wurden sie von den beiden Banditen Ostrowski von der Glatkauftolone und Kanodia von der Katkauftolone überfallen. Ostrowski, der wegen schwerer Körperverletzung eine nicht unbeträchtliche Gefängnisstrafe hinter sich hat, als auch sein Komplize Kanodia diesen den Attentätern die Zeitungspäte aus den Händen und verstreut die selben. Da sie scheuten sich nicht, die Anträger unter Flüchen und Verwünschungen mit Hiebtritten zu bearbeiten. Der Invalid Krieger, der eines der „Kurier“-Exemplare aufhob, um darin zu lesen, erhielt von Ostrowski mehrere Gesichtsschläge. In der Nähe fanden drei Polizeibeamte gestanden haben, die tatenlos diesem Bandentreiben zusahen. Eine gewisse Frau Kalus ist ebenfalls von denselben Banditen mißhandelt worden. Die Kerle spuckten der Frau ins Gesicht und schlugen sie. Der Sohn der Kalus, der seiner misshandelten Mutter zu Hilfe kam, wurde von den beiden Verbrechern verfolgt. Es gelang ihm schließlich, in das Polizeigebäude zu fliehen. Aber das hielt die Kerle nicht ab, dem Geheisten auch hier noch nachzukommen und ihn zu verprügeln. Auch hier waren mehrere Polizeibeamte Zeugen des Vorfalls. Unter diesen ein gewisser Józefow.“

Republik Polen.

Um das Tabakmonopol.

Gestern sind die langen Verhandlungen der vom Sejm eingesetzten Kommission zur Prüfung der Vereinbarungen über die Verpachtung des Tabakmonopols beendet worden. Aus den Beschlüssen der Kommission geht hervor, daß sie den Pachtvertrag als im Widerstreit zum Rundholzmonopolvertrag betrachte und die Pacht für schädlich hält. Sie wendet sich an die Regierung, binnen drei Monaten eine Lendierung der Vertragsbedingungen herbeizuführen. Die Kommission hat ferner festgestellt, daß eine Entscheidung der Frage der Verantwortlichkeit bestimmter Personen die Mandatsgrenzen überschreiten würde. Deshalb ließ der Vorsitzende der Kommission über den Antrag des Referenten, der dahin ging, die Antritt zu äußern, daß Herr Wladyslaw Grabski zur Verantwortung gezogen werden müsse, nicht abstimmen.

Verwaltungsfragen.

Gestern nachmittag hat im Sejm auf Betreiben des Vorsitzenden der Sejmkommission für Verwaltungsfragen Abg. Butel eine Konferenz stattgefunden, in der das Programm der Arbeiten am Selbstverwaltungsgesetz besprochen wurde. Es nahmen an dieser Konferenz die Abgeordneten Kozłowski, Potoczek, Hołesa, Kawroński und Pawłowski teil. Es wurde vor allen Dingen festgestellt, daß keine Hindernisse vorliegen, für die Fortsetzung der Beratungen über die bereits in zweiter Sitzung von der Kommission angenommenen Gesetze über die Verfassung der Stadtgemeinden und Kreisräte, sowie über die Wahlordnung für die Landgemeinden. Man beschloß, die erste Sitzung der Verwaltungskommission am 24. November abzuhalten und von da an tägliche Sitzungen anzubauen, damit die zweite Sitzung über die Selbstverwaltungsgesetze in der kommenden Woche beendet werden kann. Nach einer einwöchigen Pause würde dann die dritte Sitzung folgen, die, wenn sie in beschleunigtem Tempo geführt wird, es dem Sejmplenium ermöglichen soll, sich noch vor Weihnachten mit den Selbstverwaltungsgesetzen zu befassen.

Um Moraczewski.

Sozialistische Delegationen aus den Bezirken Strzyż, Vorysław und Lemberg sollen bei Moraczewski vorgebrochen haben, um ihn zu bitten, in der Partei zu bleiben und das Abgeordnetenmandat zu behalten, das er aus dem Kabinett ausschiede. Diese Bemühungen sind, wie verlautet, erfolglos verlaufen. Am Nachmittag beriet der Generalvollzugsausschuss der Sozialistischen Partei und sprach bis zum späten Abend die Sitzungnahme der Partei zu Moraczewski. Ein kurzes Kommunikat, das nach der Sitzung herausgegeben wurde, besagt, daß der Generalvollzugsausschuss den Verzicht Moraczewskis auf das Abgeordnetenmandat und den Posten eines Mitglieds des Obersten Rates zur Kenntnis genommen habe. Über den Ausschluß aus der Partei kann nur der Oberste Rat entscheiden. Es würde dann im Sejm der Abg. Pażak an die Stelle Moraczewskis treten.

Die neue konservative Partei.

Fürst Janusz Radziwiłł hat sich gestern in Begleitung des Fürsten Sapieha und Vertretern der Krakauer Gruppe der Prawica Radowa nach Podz begeben, um dort über die Bildung eines konservativen Klubs des polnischen Manchester zu beraten. Der Vorsitzende des "Gwiazekachowawiejskich Prac Radziszowskich", Fürst Lubomirski, hat in einer Unterredung erklärt, daß die letzte Sitzung beim Fürsten Radziwiłł und die Organisationsversammlung in Podz wichtige Etappen auf dem Wege der Organisierung der konservativen Elemente in Polen wären. Das Ziel des Verbundes sei die Konzentration der konservativen Elemente auf neuzeitlichen Wirtschaftsgrundlagen mit territoriell-wirtschaftlicher Autonomie in den Województwa und der Zentralen in Warschau. Zur Arbeit im Verbunde seien die Stände berufen.

Beschlagnahmt.

Die "Agencia Wschodnia" meldet aus Warschau: Auf Grund des neuen Pressegesetzes, nach dem im Art. 12 des Gesetzes auch die Verantwortlichkeit des Druckereibüros in Frage kommt. Die betreffende Stelle würde dann lauten: "... und wenn der Besitzer oder Bächer der Druckerei verantwortlich ist..."

Berichtigung.

Der "Dziennik Ustaw" bringt in Nr. 114 eine Berichtigung zum Pressegesetz, nach der im Art. 12 des Gesetzes auch die Verantwortlichkeit des Druckereibüros in Frage kommt. Die betreffende Stelle würde dann lauten: "... und wenn der Besitzer oder Bächer der Druckerei verantwortlich ist..."

Kleine politische Meldungen.

Der politische Schandt in Rom, Koticki, wird Anfang Dezember in Warschau erwartet.

Die Sowjetregierung hat dem polnischen Gesandten in Moskau, Stanisław Patel, ihr Abkommen erteilt. Die Rückkehr des Ge-

sandten Lejzyński wird in den ersten Tagen des Dezember erwartet.

Auf die Depesche des polnischen Außenministers Zaleski an Mussolini anläßlich des letzten mißglückten Attentats, ist von Mussolini eine Danksdepesche eingetroffen.

In politischen Kreisen wird versichert, daß das Preseamt im Präsidenten des Ministerates wieder eingesetzt werden soll.

Der juristische Beirat hat durch die Ernennung des Universitätsprofessors Waszkowksi und der Rechtsanwälte Strumilo, Petruszewski, Sumorg und Bagiński zu außerordentlichen Räten, bzw. Referenten, eine Ergänzung erfahren.

Das Generalreferat über den Haushalt Polens ist dem Abg. Byka von der Piastenpartei zugewiesen worden.

Die Verhaftung von Dr. Wilfan.

Berlin, 16. November. Veranlaßt durch die Meldung, daß der slowenische Abgeordnete in der italienischen Kammer, Dr. Wilfan, der zugleich Vorsitzender des Europäischen Minderheitenkongresses ist, in Rom verhaftet worden sei, wendet sich das Vorstandsmitglied des Minderheitenkongresses, der Hauptschriftleiter der "Rigaer Rundschau", Dr. Paul Schiemann, mit nachstehendem Aufruf an die Minderheiten Europas:

Der neue Gewaltakt des Faschismus bedeutet eine Herausforderung der gesamten nationalen Minderheiten Europas. Er bedeutet aber auch einen Ruf an das Gewissen der nationalbewußten Menschheit. Für jeden, der die höchste gemeinsame und lokale Politik des Abgeordneten Wilfan auf den beiden Kongressen in Genf der Jahre 1925 und 1926 kennen gelernt hat, steht es völlig außer Zweifel, daß ihm im Rechtsinne irgend ein Verbrechen wider den Staat nicht vorgeworfen werden kann. Dr. Wilfan, der sich an führender Stelle stets für den nationalen Verständigungsgedanken eingesetzt hat, ist allerdings ein überzeugter Apotheose der nationalen Duldung. Dieser Grundsatz der Duldung aber, der im zwanzigsten Jahrhundert wahrhaftig eine Selbstverständlichkeit für jeden Kulturstaat sein sollte, wird von der gegenwärtigen Regierung Italiens mit Füßen getreten. Als Mitglied des Ausschusses zur Vorbereitung des nächsten Kongresses der organisierten nationalen Gruppen Europas fordere ich alle nationalen Gruppen Europas auf, Versammlungen einzuberufen, in denen diese Gewalttat verurteilt und der gegenwärtige Ausschau beauftragt wird, in geeigneter Weise zu der Freiheitsverurteilung unseres Vorsitzenden Stellung zu nehmen.

Dr. Wilfan wieder auf freiem Fuß.

Belgrad, 17. November. Der Vertreter der slowenischen Minderheit in der italienischen Kammer, Abg. Dr. Wilfan, bestens Verhaftung so großes Aufsehen erregt und den Anlaß zur Vorbereitung einer Interpellation in der Slavofilia gegeben hatte, hat aus Rom eine Depesche gesandt, in der er mitteilt, daß er auf Verflugung Mussolinis aus dem Gefängnis entlassen worden sei. Dr. Wilfan bemerkte gleichzeitig, daß er die ganze Angelegenheit für im günstigen Sinne beigelegt betrachte.

Das gelobte Land für alle Verschwörer.

Sauerwein bei Mussolini.

Der Sonderberichterstatter des "Mai", Sauerwein, halte, wie wir bereits melden können, eine Unterredung mit Mussolini, die offiziell dazu bestimmt ist, etwas Del auf die in der letzten Zeit hochgepeitschten Wogen der französisch-italienischen Beziehungen zu ziehen. Mussolini stellt seit, daß die letzten Zwischenfälle beigelegt seien, und zwar sowohl die Kündigung in Italien als auch die Garibaldigeschichte. Die französische Regierung habe in keiner Weise diese peinlichen Ereignisse aufgebaut. Im übrigen seien die letzten Zwischenfälle viel weniger schwer gewesen als die in Biarritz nach dem vorletzten Anschlag. Eine eigentliche Konsulatsverletzung sei überhaupt nur in Tripolis vorgekommen. Wer, wie auch immer die verschiedenen Umstände gewesen seien, er halte diese Ausschreitungen für standlos. Sie könnten nicht länger geduldet werden. Er sei persönlich empört darüber. Er habe nicht nur Strafnachnahmen von außergewöhnlicher Strenge ergriffen, sondern auch Befehl gegeben, daß derartige Dinge sich nicht wieder ereigneten. Dafür stehe er ein. Auch der Große Konsulat habe diese Verfehlungen mit aller Schärfe getadelt, die von Lodispolsi und von aus dem Faschismus ausgeschlossenen Leuten begangen worden seien.

Wenn man fragt, warum die Entzündung der Bevölkerung sich immer gegen Frankreich richtet, so sei das deshalb, weil Frankreich geradezu als das gelobte Land für alle Verschwörer gegen den Faschismus erscheine. Er wisse die Bedeutung des Abschlags wohl zu schätzen, auch er gewährte einer großen Zahl von russischen, mazedonischen, albanischen und vielen anderen Flüchtlingen eine Zuflucht. Er denke nicht daran,

stieg zu dem hohen Herrn in den Wagen, und das Maiwunder rollte auf der Straße nach Wien davon. Maria aber stand mit Theresa nachwinkend auf der Haustafel und lachte.

In wenigen Minuten war es in Radaun bis hinaus in die letzte Hütte des Steinklopfers bekannt, daß Kaiserin Maria Theresa den Badmeister Friedrich zu unmittelbarer Audienz zu sich auf die Burg befohlen habe.

Kaiserin Maria Theresa hatte sich in der Behandlung der Schefeldschen Angelegenheit vollkommen den Ratschlägen des Grafen Haugwitz überlassen. Dieser aber war bei aller Tatkraft und Geschäftsgewandtheit eine ironische Natur, die sich in der Gebärde des Menschenverächters oft mehr, als einem guten Diplomaten zuträglich ist, wohlgefiebt. Sein hochfahrendes und dülfelhaftes Wesen hat seiner Herrin manche politische Niederlage eingetragen; und so ging es nun auch mit Ausbeutung und Nutznieß des glücklich eingefangenen Huhnes, welches die goldenen Eier legen sollte, gar nicht nach Wunsch und Erwarten.

Haugwitz hatte sich in dem Adepten entweder eines Schwindlers verfehlt, dessen Entlarvung in kurzem Prozesse zu erledigen war, oder eines eitlen, durch ein paar hingeworfene Gnadenbeweise leicht bestimmbaren Christen, wie dergleichen Geheimnisrämer und Hofalchisten ja fast an jedem Fürstenhof von Zeit zu Zeit aufzutreten pflegten. Demgemäß wurde die Aushebung Schefelds bei Nacht und Nebel kurzerhand durchgeführt und nach seiner Entfernung auf der Habsburg sein erstes Verhör gleich auf den nächsten Tag angezeigt. Die beiden Majestäten wohnten dieser Vernehmung bei, aber sie verließ ganz anders als geplant.

Schefeld war nach seiner Entfernung zunächst einer genauen Leibesvisitation unterzogen worden, und es hatte sich in seinen Taschen ganz offen und ohne einen Versuch des Verbergens eine erstaunliche Menge des beschriebenen fernen Goldes, sehr nachlässig in mehrere Schachteln und Beutel gefüllt, vorgefunden. Auch war von dem mit der Lieberrumpelung beauftragten Offizier, wie wir wissen, daß beinerne Büchschen gefunden und eingeliefert worden, auf

sie auszuweisen und würde sich weigern, das zu tun, wenn man es von ihm verlangen sollte. Die Furore sollte durchaus in Frankreich leben; sie hätten jedoch nicht das Recht, täglich die Beziehung zwischen zwei großen Völkern zu vergessen, durch Veröffentlichung von Schmähchriften, die nichts anderes seien als eine Verherrlichung des Verbrechens oder eine Herausforderung dazu. Die faschistische Herrschaft könne dadurch niemals gefährdet werden; sie sei viel zu stark dazu. Das Ziel jedoch sei, die Faschisten zu reizen, Zwischenfälle zu schaffen und die Beziehungen zwischen den beiden Völkern zu vergessen. Durch einfache Polizeimeasures könne man die Unruhe unter zum Schweigen bringen. Die schweizerische Bundesrepublik habe durchaus das Mittel dazu gefunden, ohne ihrer freiheitlichen Gegebung zu widersprechen, und habe sogar ein gefährliches Blatt verboten. Man dürfe nicht vergessen, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien eben besonders eng seien. Der Einfluß von Blättern aus anderen Ländern, zum Beispiel aus Deutschland, sei beinahe gleich Null. In Italien lese man kaum ein paar hundert deutsche Zeitungen. Dagegen werden die Pariser Zeitungen in Italien einen besonders starken Widerhall.

Die Schwierigkeiten wegen des Status für Tangier seien heute beigelegt. Italien habe sich vor einigen Monaten damit abgefunden, daß es sich von der Frage von Tangier für den Augenblick fernhalte. Die englische Regierung habe darauf Wert gelegt, daß die Italiener dem Status zustimmen. Wie man jetzt vorzugehen gedenke, damit sei er durchaus einverstanden. Daß Frankreich und Spanien das Problem zuerst miteinander erörtern, sei nur natürlich wegen der wohlerworbenen Rechte dieser beiden Nationen und ihrer gemeinsamen Opfer zur Befriedung Marokkos. England und Italien würden an der Schlufklärung der Bewegung sich beteiligen. Vielleicht trage die französisch-spanische Einigung den bereits sehr gemäßigten italienischen Forderungen Rechnung. Wichtiger sei für Italien die Lage der Italiener in Tunis. Darüber müsse man sich unbedingt zwischen den beiden Regierungen unterhalten.

Er sei davon überzeugt, daß nach den letzten heimlichen, aber zweifellos wieder gutzumachenden Zwischenfällen eine Zeit aus gezeichneter französisch-italienischer Beziehung kommen werde. Er persönlich sei für eine französisch-italienische Verständigung. Er habe bereits Befehl gegeben, daß der Feldzug in den Plätzen aufzuhören. Demnächst werde er Gelegenheit haben, vor dem Senat und vor der Kammer klar zu sagen, was er Frankreich gegenüber denkt und empfindet, und er werde nicht verblassen darauf hinzuweisen, daß die Politik Briands bestellt sei von einem flügen und sympathischen Verständnis für die Bestrebungen und Bedürfnisse Italiens.

Poincaré vor der Kammer.

Nur "Er" habe das Recht.

Der Rechtsanwalt Martin scheint durch ein Kompromiß wie dies übrigens an dieser Stelle bereits vorausgesagt worden war, aus der Welt geschafft werden zu sollen. Im Ministerrat ist heute beschlossen worden, daß Poincaré in der Kammer eine Erklärung abgibt, wenn der radikale Abgeordnete Hulin auf seiner Interpellation über die beleidigenden Äußerungen gegenüber dem Kriegsminister bestehen sollte. Das ist tatsächlich gegeben. Es scheint aber, daß es sich bei dem Vorgehen Hulins nur darum gehandelt hat, eine Äußerung des Ministerpräsidenten zu provozieren, daß aber die radikale Fraktion selbst diese Interpellation nur als eine rein persönliche des Abgeordneten Hulin hinstellt und nur dann einen Fraktionsschluß stellen möchte, wenn die Erklärung Poincarés ausfallen sollte.

Die Radikalen scheinen sich aber vorerst mit dem, was Poincaré gezeigt hat, zufrieden geben zu wollen, es sei denn, daß der Parteivorsitz, der morgen abend zusammentritt, eine andere Ansicht zur Geltung bringen sollte.

Das ist nicht ausgezlossen, denn der Parteivorsitz der Radikalen sieht sich aus radikalen Parlamentarien und Nichtparlamentarien zusammen, und unter den Nichtparlamentarien haben die linksstehenden Elemente die Oberhand. Es geht allerdings darum, daß Herrriot selbst in Abrechnung der Rückwirkungen, die eine Kabinettskrise fast auf die französische Währung haben könnte, seinen Parteigenossen Räzigung und Vergeßen anempfohlen habe.

Die Erklärungen Poincarés, die dieser heute nachmittag nach der Einzelveratung des Budgets in der Kammer abgab und die heute früh im Kabinettrat einstimmig angenommen worden waren, gefielten in der Behauptung, daß das Ministerium der nationalen Einigung Zustand gekommen ist dadurch, daß sich Männer aus verschiedensten Parteien zusammengetan haben, die ihre eigenen Künsten dadurch nicht aufgegeben haben, sondern die auch bei Parteidankungen Äußerungen tun können, wobei diese Äußerungen allerdings keineswegs als aus dem Munde eines Regierungsmannes, sondern lediglich als Äußerungen eines Parteimannes angesehen werden müssen. Im Namen der Regierung zu sprechen, habe nur er, Poincaré, das Recht. Dieses Recht hätten ihm seine sämtlichen Kollegen übertragen.

Abgeordneter Hulin ergriff nach Poincaré zu einer kurzen Entgegnung nochmals das Wort. Er erklärte, Martin habe sich

dessen Beibringung unter allen Umständen seine Institution mit dem höchsten Nachdruck bestanden hatte.

Als nun Schefeld vor den Majestäten stand, lengnete er nicht einen Augenblick Eigentum und Herkunft des Schefelds und des Büchsleins mit dem grauen Pulser, bekannt als Adepten und als einen Wissenden der königlichen Kunst, zugleich aber auch als den Inhaber kaiserlichen Patentes und als einen selten guten und pünktlichen Steuerzahler in kaiserlichen Erblanden.

Aber solcher Kleinigkeit und Ausflüchte zu achten, war nicht die Meinung des Herrn Grafen Haugwitz, vielmehr stellte er dem Adepten kurzerhand anheim, entweder sofort im bereitstehenden Privatlaboratorium Seiner Majestät des Kaisers mit Hilfe seines die materia prima beherbergenden Büchsleins die Probe seiner Kunst abzulegen oder als Betrüger, Landstreicher und Hochverräter an den kaiserlichen Steuerregalen betrachtet und behandelt zu werden.

Schefeld antwortete mit Würde. Seine Kunst habe er aus eigenem Fleiß, Studium und Gottes Gnade, sei also solche Rechtens sein Eigentum und ihm auf keine Weise abzwingbar noch zu entreißen, es sei denn durch seinen eigenen freien Willen und Beschluss. Da aber selbiges beinerne Büchslein, wie er wohl sehe, in Händen dieser sei, die ihn, rauher wohl, als kaiserlicher Gnaden Meinung gewesen sein darf, hierher gebracht hätten, so sei offenbar mit wie ohne Zustimmung von seiner Seite die Gelegenheit ja allezeit frei, damit einen Versuch im kaiserlichen Laboratorium zu machen. Nur müsse er ein für allemal erklären, daß er unfreiwillig seine Hand dazu niemals reichen werde und er es allenfalls den hohen Experimentatoren überlassen müsse, was bei dem Unternehmen dann herauskomme.

Der Widerstand kam unerwartet. Er hätte wohl auch sofort den Verdacht auf ohnmächtige Schorlanerie bei den Majestäten zur Gewissheit gemacht, wäre nicht immerhin als Gegenzeuge das aus den Beuteln und Taschen Schefelds geschüttelte gute Gold in einem ansehnlichen Haufen auf einem Taburett zur Hand gelegen. Dazu kam das Zeugnis des Königswarbeits Hafel.

(Fortsetzung folgt)

Der Badmeister und seine Tochter Maria geleiteten ihn die Treppe hinab und zur Haustür. Da zog der Fremde plötzlich ein gefaltetes Papier aus der Tasche, gab es Maria und sagte: "Ich muß eilen, Jungfer, sei Sie doch so gut und geb Sie den Brief drüber im 'Goldenen Hirsch' ab. Ich sehe schon, daß bei Ihr nicht in unrechte Hände kommt, was treue Hände währen." Und damit war er draußen und ums Eck verschwunden. Der Vater entfaltete das offene Papier. Es enthielt zu seiner Verwunderung nichts weiter als die Mitteilung an den Hirschwirt, daß der Unterzeichnate abreisen müsse und daß das Logiergeld auf dem Tisch der Stube liege, die er bewohnt habe.

"Ein Grobian," schalt Herr Friedrich. Genießt nichts und miert nicht bei mir, logiert sich bei meinem ungutesten Gewerbefreund ein und bittet meine Tochter dazu noch um solch einen unnützen Botengang!" Maria nahm das Papier und las, was sie konnte, zum "Goldenen Hirsch". Es schien, als habe sie noch nie einen Gang so gerne getan, und von Stund ab war ihre fröhliche Laune zurückgekehrt.

Kurz darauf setzte die Bewohner von Radaun ein unerhörtes Ereignis in gewaltige Erregung.

An einem Maimorgen rollte eine kaiserliche Kutschfahrt vor des Badmeisters Haus, und ein von zwei Lafaien umdienerter Herr unter gewaltiger italienischer Perücke ließ Herrn Friedrich an den Kutschenschlag bitten. Badmeister Friedrich eilte herbei und meinte, ihn müßte der Erdboden verschlingen, denn er stand vor Graf Haugwitz. Sehr huldvoll beugte der Graf sich zu dem Badmeister hinaus und führte vor neugierig versammelter Volksmenge mit diesem ein leises und eindringliches Gespräch. Badmeister Friedrich eilte darauf ins Haus zurück, die Kutsche wartete. Herr Friedrich erschien im besten Sonntagsstaat wieder,

was seine Rede anbetreffe, nicht dieser von Poincaré heute abend proklamierten Einstellung angepaßt, sondern er sei über das Ziel hinausgeschossen. Die Erklärungen seien verleugnend für die radikale Partei gewesen. Man müsse ihnen korrekte Reden, wie sie von Painlevé und Herriot gehalten worden seien, in die Vertagung überstellen. Die Deamer begnügte sich damit, in die Vertagung der Diskussion der Interpellation Hulins bis nach Verabschiedung des Budgets einzutreten.

Die deutsche Vertretung in Genf.

Berlin, 16. November. Im Zusammenhang mit den diplomatischen Vorbereitungen für die bevorstehende Tagung des Völkerbundsrats in Genf ist auch die Frage erörtert worden, ob sich die großen Machtmächte durch die Leiter ihrer auswärtigen Politik vertreten lassen werden. In der ausländischen Presse rechnete man mit der Möglichkeit, daß Briand und Chamberlain die Vertretung ihrer Staaten anderen Persönlichkeiten zu übertragen beabsichtigten. Der deutschen Regierung ist bisher jedoch noch nicht bekannt geworden, daß diese Andeutungen den wirklichen Absichten der fremden Staatsmänner entsprachen. Daher hält auch der deutsche Minister des Außenfern an der Abstimmung, sein Land persönlich in Genf zu vertreten. Diese Reisepläne könnten jedoch dann eine Aenderung erfahren, wenn die jetzt schwebenden Verhandlungen über die Beseitigung der militärischen Nebenbedingungen Deutschlands einen Fortschritt nehmen, der den berechtigten Forderungen Deutschlands nicht genügend Rechnung trüge. Falls es in der noch zur Verfügung stehenden Zeit bis zum Zusammentreffen des Völkerbundsrats zu einer Aufhebung des Überwachungsausschusses kommt und der Völkerbundsrat sich entschließt, die Investitionsfragen auf seiner Dezembertagung zur Erörterung zu stellen, wäre die Unwesentlichkeit des deutschen Ministers des Außenfern nicht endig. Ob Dr. Stresemann entsprechend dem alfabetisierten Turnus auf dieser Tagung den Vorsitz übernehmen wird, wird für wenige wahrscheinlich gehalten, da, wie früher schon mitgeteilt, bei der Reichsregierung der Vorsitz besteht, den Vorsitz erst in der Märztagung zu übernehmen, die wahrscheinlich nach Berlin berufen werden wird.

Erörterungen über die Schuld am Kriege.

Der wissenschaftliche Kampf gegen das Versailler Schuldurteil hat in den letzten Wochen von zwei herausragenden Zielen eine Unterstützung erfahren, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden kann. Am 14. Oktober hat der belgische Minister des Außenfern Vandervelde aus Anlaß eines Frühstücks der Vereinigung der ausländischen Presse in Brüssel es aufs lebhafteste bedauert, daß heute noch Millionen von Belgern und Franzosen an der Meinung Deutschlands wie an einem Dogma festhalten. Und nur wenige Wochen später, am 2. November, hat Lord Grey bei einem Essen der Domänenvertreter eine Ansprache gehalten, in der er seiner Überzeugung Ausdruck gah, daß der Versuch, die Kriegsschuld auf eine bestimmt Ration abzuwälzen, keineswegs die Feststellung der Kriegursachen bediente, sondern vielmehr nur die tiefsten Gründe für seinen Ausbruch verdunkle. Diese Lebewerke des britischen und des belgischen Staatsmannes sind ein Erfolg für die Kriegsschuldforschung. Ohne die unablässige Arbeit der Wissenschaftler aller Länder wäre er nicht erzielt worden. Wenn heute hier und da bereits der Gedanke an eine internationale Kriegsschuldkonferenz auftritt, so ist der Zeitpunkt zur Vermittelung dieses Gedankens wohl nicht mehr allzu fern, wenn auch wohl noch eine gewisse Zeit vergehen wird, bis die Vertreter der einzelnen Nationen sich mit Aussicht auf Erfolg zu einer solchen Konferenz zusammenfinden können. Was heute möglich ist, und was in verstärktem Maß durchgeführt werden muß, das ist das Zustandekommen internationaler Kriegsschulderörterungen zwischen den einzelnen Sachverständigen, in denen gewissermaßen die Vorarbeiten für eine Konferenz geleistet werden müssen. Die mit dem Titel "Die Kriegsschuldfrage" erscheinenden Berliner Monatshefte für internationale Auflösung (Verlag: Bentralstelle für Erforschung der Kriegsschulden, Berlin 29, 6) haben seit Jahren diese Aussprache erweitert und in mehreren Fällen auch erreicht. Im soeben erschienenen Novemberheft fordert die Schriftleitung wieder zu einer Stellungnahme auf, die einer Aussprache zwischen den beiden amerikanischen Professoren Harry Elmer Barnes und Bernadotte G. Schmidt gilt. Die Auseinandersetzungen der beiden amerikanischen Sachverständigen, die beide die Meinung Deutschlands ablehnen, eine gewisse Mitverantwortlichkeit Deutschlands aber nach verschiedenen Gesichtspunkten beurteilen, werden in dem Heft in vollem Wortlaut veröffentlicht. Man darf erwarten, daß diese amerikanische Kriegsschulderörterung in der Öffentlichkeit besondere Beachtung finden wird.

Das Handwerk.

Vom Berliner Untersuchungsausschuß.

Im Dritten Unterausschuß des Wirtschaftlichen Untersuchungsausschusses in Berlin wurde über Fragen des Handwerks berichtet. Der örtliche Gewerkschaftsvorstand Waltrusch hielt einen Vortrag über die Frage, in welchem Umfang das Handwerk Erfaßbereich für die Facharbeiter der Industrie sei. Der Redner brachte ein großes Zahlenmaterial bei, das jedoch noch sehr der Einheitlichkeit, der Vollständigkeit und der Übersichtlichkeit entbehrt. Die Ergebnisse der Berufs- und Betriebsstatistik vom 15. Juni 1925 werden vornehmlich erst im Frühjahr 1927 vorliegen. Einsteuern sind nur Erhebungen verhängbar, die von einzelnen Arbeitgeberverbänden, von Gewerkschaften, von Handelskammern und von Vereinen angelegt werden. Der Zweck der Untersuchungen über das Handwerk ist ein doppelter: zunächst soll festgestellt werden, in welchem Umfang die Industrie Nutznießer des im Handwerk geleisteten Ausbildungsarbeits ist, damit gegebenenfalls ein Maßstab für die erhöhte Heranziehung der Industrie an den bei der Lehr- und Ausbildung entstehenden Aufwendungen gefunden werden kann. Weiter würde die etwaige Feststellung, daß das Handwerk wirklich in großem Umfang die gewerbliche Schulung der heranwachsenden Generation durchführt, einen wichtigen Punkt in der Betriebsführung liefern, daß das Handwerk nicht nur aus Gründen der Lieferlieferung, sondern aus Nützlichkeitserwägungen in der Gegenwart gehalten und gepflegt werden müsse.

Waltrusch glaubte schon aus dem vorliegenden und vollen Stoff den Schluß ziehen zu können, daß zunächst einmal das Handwerk sehr viel mehr gelehrte Arbeitskräfte an die Industrie abgibt, als es sonst von der Industrie an die Industrie bezieht. Das Handwerk hätte dennoch — um mit einem Ausdruck aus der Außenhandelspolitik zu sprechen — eine aktive Rolle in Bezug auf die Lehrlingsausbildung. Allerdings scheint es, daß dieser "Aktivität" gegenüber der Verteilung etwas zurückgegangen ist. In einer Reihe von Industrien, besonders der Metallverarbeitung, wird der erforderliche Bedarf an Facharbeiten von der Industrie selbst hergestellt. In anderen Gewerben dagegen liefert das Handwerk auch heute noch fast 100 % der gelehrten Arbeitskräfte. Hier muß jedoch der Vorbehalt gemacht werden, daß natürlich die Zukunft eine erhebliche Rolle spielt. Wenn die Handwerksbetriebe von ihnen ausgebildeten Arbeitskräfte nicht zu halten vermögen, sondern der Industrie überlassen müssen, so liegt das zum Teil an der derzeitigen viel schwierigeren Kreditversorgung des Handwerks im Vergleich zur Industrie und auch daran, daß bei den taunigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Ausbildungsfähiger Facharbeiter, einen eigenen Handwerksbetrieb zu eröffnen und in ihm gelehrte Hilfskräfte zu beschäftigen, sehr gering ist. Die Arbeitsgruppe hofft die Aussprache über das von Waltrusch vorgelegte Material bis zur Drucklegung des Vortrags, die noch im Laufe dieser Woche zu erwarten ist.

Heute vormittag nahm die Arbeitsgruppe Handwerk des Dritten Unterausschusses zwei Vorträge über die rationelle Betriebsführung im Handwerk entgegen. Zuerst sprach Oberregierungsrat Bucerius, Direktor des Badischen Landesgewerbeamts in Karlsruhe. Er äußerte die Überzeugung, daß sich das Handwerk in die modernen Erzeugungsbedingungen wieder einfügen werde. Das im Jahre 1919 vom Handwerk geschaffene Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung habe besonders den jüngeren Meistern wertvolle Dienste geleistet. Die Maschine sei für das Handwerk im Gegensatz zur Industrie kein Mittel zur Massenherstellung, sondern einfach ein verbessertes Werkzeug. Das Handwerk braucht an sich nicht teurer zu arbeiten als die Industrie, wenn es schnellere Fortschritte auf dem Gebiete der rationalen Betriebsführung mache. Als zweiter Vortragender trat Dr. Höhle, Privatdozent an der Handelshochschule Mannheim, für eine Erhöhung der Preise ein, und zwar im Interesse des Handwerks selbst. Hierzu bedürfe es zunächst der Nationalisierung des Einlaufs, was besonders den älteren Meistern schwer falle. Bei den beschränkten Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung sei die wirtschaftliche Verwendung der einzelnen Vermögensteile für das Handwerk besonders wichtig.

In der Aussprache machten die Herren Holzammer und Hale von der Berliner Handwerkskammer im wesentlichen für die hohen Erzeugungskosten die übersteigerten Preise der Rohstoffe und die übertriebenen Löhne verantwortlich. Ihnen widersprach Waltrusch. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Professor Dr. Haarms (Kiel) kennzeichnete das Handwerk als Individualarbeit im Gegensatz zur Industrie, die nach Massenherstellung strebe. Der Rückgang des Handwerks sei zum großen Teil auf die Verminderung der Kaufkraft und des Wohlstands der Bevölkerung zurückzuführen. Sobald sich der Wohlstand wieder habe, werde auch die Nachfrage nach Erzeugnissen der Individualarbeit wieder steigen. Zu der Sonderfrage, ob eine einwandfreie Unterscheidung zwischen Handwerk und Industrie zu erreichen sei, antwortete Oberregierungsrat Bucerius im Schlußwort, daß hierüber zwei Denkschriften, und zwar vom Deutschen Industrie- und Handelstag und vom Deutschen Handwerks- und Gewerbeamt, ausgearbeitet worden seien, die jedoch nicht zu den gleichen Ergebnissen gelangten. Der Vorsitzende schloß die Sitzung mit dem Hinweis darauf, daß die Vorträge und die Aussprache bisher nur eine Auseinandersetzung der zu prüfenden Frage und eine Bewertung des vorhandenen Urteilungsmaterials bezweckt hätten.

Deutsches Reich.

Familien drama bei Leipzig.

(R.) In der Nacht zum Donnerstag erschlug nach vorausgegangenen heftigen Streitigkeiten ein Buchbinder seine Ehefrau und sein zweijähriges Söhnchen. Der Täter ist flüchtig.

Schwerer Motorradunfall.

Erfurt, 18. November. (R.) Am Donnerstag fuhr ein Motorradfahrer in eine etwa 30 Mann starke Kolonne der Erfurter Turnerschaft, 4 Mitglieder wurden verletzt, davon 2 schwer. Der Fahrer erlitt lebensgefährliche Kopfverletzungen.

Überfall und Gefangenenaufreisung.

Berlin, 18. November. (R.) Gestern vormittag wollte ein Polizeibeamter zwei Personen wegen groben Unfugs und Ruhelosigkeit festsetzen. Auf dem Wege zur Wache wurden ihm die beiden festgenommen von etwa 200 anderen Personen, größtenteils Kommunisten entflohen. Durch Herbeileihen anderer Beamten wurde einer der Hauptäter festgenommen.

Kommunistischer Überfall.

Berlin, 18. November. (R.) Im Norden Berlins wurden mehrere von einer Versammlung kommende Nationalsozialisten von etwa 50 Kommunisten überfallen und mishandelt. An drei anderen Stellen der Stadt kam es zu Überfällen oder Schlägereien. Unter anderem wurde ein Nationalsozialist, der einen Kommunisten mittels Schlagringen niedergeschlagen hatte, festgenommen.

Schwerer Straßenbahnaufstand in Berlin.

Berlin, 17. November. (R.) In der Nacht zum Donnerstag stießen im Osten Berlins ein Straßenbahnwagen und ein Kraftwagen zusammen, so daß der Straßenbahnwagen auf den Bürgersteig geschleudert wurde. 18 Fahrgäste wurden verletzt, davon 2 schwer.

Typhuserkrankungen in Schlesien.

Breslau, 18. November. (R.) In Seidenberg sind wahrscheinlich infolge eines verdeckten Brunnens 9 Typhuserkrankungen gemeldet worden, von denen einer tödlich verstarb.

Aus anderen Ländern.

Abrüstung und Militärfragen im Oberhans.

London, 17. November. (R.) In der gestrigen Sitzung des Oberhauses verwies Lord Warham darauf, daß Großbritannien sich zur Abrüstung verpflichtet habe, und Lord Oxford und Asquith hob hervor: Die Entwaffnung Deutschlands sei eine vollenkte Tat. Im Namen der Regierung antwortete Lord Cecil: Die Abrüstungsfrage sei von zwingender Notwendigkeit und werde jetzt in einer Weise wie niemals in den letzten Monaten verhandelt. Deutschland habe im wesentlichen seine vertraglichen Verpflichtungen zur Entwaffnung erfüllt.

Hicks über den Bergarbeiterstreik.

London, 18. November. (R.) Der Innenminister Hicks sprach die Hoffnung aus, daß der Kohlenstreik in 48 Stunden beendet sein werde. Er fügte hinzu: Wenn diese schrecklichen Wirtschaftskämpfe in England nicht verblieben würden, dann werde die englische Eisen- und Stahlherzeugung zugunsten Deutschlands und anderer Länder zurückgehen.

Die Regelung der französischen Kriegsschulden.

Paris, 18. November. (R.) Das "Echo de Paris" berichtet, daß die französische Regierung beabsichtigt, neue Verhandlungen mit den Regierungen von Washington und London über die Schuldenregelungen einzuleiten.

Eisenbahnaufstand.

Paris, 18. November. (R.) Auf dem Bahnhofe von Auteuil überfuhr ein elektrischer Zug einen Pfeifer und konnte erst an der Mauer des Bahnhofs zum Stehen gebracht werden. Ein Dach des Bahnhofs stürzte ein, wobei 11 Personen leichte Verletzungen erlitten.

Die Behandlung Macias während seiner Haft.

Paris, 18. November. (R.) Dem verhafteten Obersten Macias und seinen in Paris in Haft befindlichen Kriegsgefangenen werden die Vergünstigungen zugestanden, die politischen Gefangenen zustehen.

Die Schadensersatzklage von Frau Lambrino gegen den Prinzen Karol von Rumänien.

Paris, 18. November. (R.) Gestern ist vor dem Zivilgericht in Paris der Prozeß zur Verhandlung gekommen, den die morganatische Gattin des Prinzen Karol von Rumänien, Frau Lambrino angestrengt hat. Sie ordert die Zahlung von 10 Millionen Francs als Schadensersatz für den ihr zugesetzten moralischen Schaden und das Recht, ihrem Sohne den Namen Karol von Hohenzollern zu geben. Für den Prinzen Karol v. Boncours. Das Gericht wird das Urteil in acht Tagen fällen.

In einem Satz.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines Garantievertrages zwischen Estland und Russland werden am 19. November fortgesetzt.

Die Regierung von Nicaragua hat die militärische Intervention der amerikanischen Regierung erbettet, weil sie der Revolution nicht mehr allein Herr werden könne.

Der Rat der Volkskommissare hat Fromkin von seinen Posten als Vertreter des Volkskommissars für Innen- und Außenhandel abberufen.

Bei einem Eisenbahnunglück in Amerika wurden 27 Personen getötet und 25 schwer verletzt.

Die rumänische Prinzessin Elena wurde in Amerika bei einem Autozusammenstoß schwer verletzt.

In Österreich werden vom 1. Dezember ab die Post- und Telegraphengebühren erhöht.

Die britische Reichskonferenz wird wahrscheinlich am nächsten Dienstag beendet werden.

Letzte Meldungen.

Eine Sonderkommission für Elektroanlagen im Völkerbundeskretariat.

Genf, 17. November. (R.) Am Mittwoch versammelte sich in Genf zum ersten Male eine Sonderkommission für Elektrofragen, die ein ständiges Unterorgan der Verkehrskommission sein wird und deren Einsetzung von der zweiten internationalen Verkehrskonferenz beschlossen worden war. Die nächste Tätigkeit der Kommission wird darauf beruhen, die Ratifikation der von der letzten internationalen Verkehrskonferenz ausgearbeiteten zwei Elektroabkommen zu fördern, sowie in der Abteilung des Völkerbundeskretariats eine Zentralstation für alle Fragen der internationalen Elektrowirtschaft zu errichten. Das Komitee besteht aus acht Mitgliedern, und zwar aus je einem Deutschen, Franzosen, Schweizer, Schweden, Italiener, Griechen, Spanier und Litauer.

Bankett zu Ehren Lord D'Aberrons.

London, 18. November. (R.) Gestern fand in London zu Ehren Lord D'Aberrons und zur Befestigung der deutsch-englischen Handelsbeziehungen ein Bankett statt, bei dem der deutsche Botschafter Dr. Schäffer eine Ansprache hielt. In seiner Erwiderung wies Lord D'Aberron darauf hin, der Friede könne als gesichert betrachtet werden, wenn die Doktrinopolitik weiter verfolgt werde.

Ein neuer revolutionärer Verband.

Paris, 18. November. (R.) In Lyon ist gestern in Anwesenheit von Delegierten aus Holland, Schweden, Portugal und Deutschland der allgemeine Verband revolutionär gewerkschaftlicher Arbeiter gegründet worden. Der neue Verband will sich jeder politischen Aktion enthalten und durch den Generalstreik zur sozialen Revolution gelangen. Er will weder mit den Sozialisten noch mit den Kommunisten Gemeinschaft haben.

Die meuternden spanischen Artillerieoffiziere begnadigt.

Madrid, 18. November. (R.) Der König hat gestern ein Dekret unterzeichnet, durch das die meuternden Artillerieoffiziere begnadigt und wichtige Reformen des Artilleriekörpers eingeleitet werden.

Radiotafelnder.

Rundfunkprogramm für Freitag, 19. November.

Berlin (483,9 und 566 Meter). 4.30—6 Nachmittagskonzert. 6.30: Prof. Heine: Die Herbst- und Winterdichtung im Garten. 7.05: Dr. Böllmann: Die Sportschau des Monats. 8 Uhr: "Die Weber," Schauspiel in fünf Akten von Gerhart Hauptmann. 10.30 bis 12.30: Tanzmusik.

Breslau (322,6 Meter). 4—4.30: Übertragung aus der Spielzeugausstellung "Der kleine Schweinmann." 4.30—6: Nachmittagskonzert. 6 Uhr: Aus neuer Frauendichtung (Regietheater). 7.30: "Die feiste Toni." Ein Sendaspiel mit Musik in vier Abteilungen.

Königsberg (303 Meter). 4 Uhr: Unterhaltungskunde für die reisende Jugend. 4—6: Nachmittagskonzert. 7.15: Alfred Hein: Aufführung von einer Harzvanderung. 8 Uhr: Militärmusik. 10—11 Uhr: Schallplattenmusik.

Warschau (400 Meter). 4.45—5: Pfadfinderstunde. 5—5.55: Kinderstunde. 6—6.55: Hammermusik. 7—7.25: Die Jungeheilnisse in Polen. 7.55—8.20: Bücherbesprechung. 7.55—8.10: Einführung zum Kameramusikabend. 8.20—10: Kameramusik-auführung von Werken aus dem 17. und 18. Jahrhundert.

Rom (422,6 Meter). 8.45: Unterhaltungsmausik. 9 Uhr: Humoristischer Abend Paul Altherr.

Wien (517,2 und 588,2 Meter). 4.15: Nachmittagskonzert. 6 Uhr: Dr. Engling: Inselkinder als Krankheitsüberträger. 6.30: Prof. Hans Tiefe: Alfredo Diaz. 7 Uhr: François. 7.30 Uhr: Englisch. 8.05: Orchesterkonzert. Camillo Horn-Akten.

Rundfunkprogramm für Sonnabend, 20. November.

Berlin (483,9 und 566 Meter). 12.30: Viertelstunde für den Landwirt. 4.30: Meditationen. 5—6: Nachmittagskonzert. 8.30: Ludwig Hardt-Akten. 9.30: Stimmen verstorben Künstler.

Breslau (322,6 Meter). 4—5.30: Nachmittagskonzert. 5.30—6: Wagner: Ritterfriese. 6 Uhr: Bücherbesprechung. 6.50—7.20: Schallplattenmusik. 8.15: Heiterer Abend. 10.30—11.30: Tanzmusik der Funkkapelle.

Königsberg (303 Meter). 4 Uhr: Elsa Empacher spricht Heimatmärchen in ostpreußischer Mundart. 4.45—6: Nachmittagskonzert. 8 Uhr: Kameramusik. 9.15: "Mutterlegende." Ein Degenenspiel in fünf Aufzügen von Hellmuth Unger.



Wer seinen Garten lieb hat, wer den Ertrag seiner Obstbäume um 100 Prozent erhöhen will,

der behandle im Winter an frostfreien Tagen seine Obstbäume mit

Arbosalus-Karbolineum!

Ein Universalmittel zur Vernichtung sämtlicher Schmarotzer- und Ungezieferbrut. — Nur in der Jahreszeit, in welcher die kahlen Bäume unbhinderten Zutritt der Flüssigkeit zu allen Schlupfwinkeln der Schädlingsbrut ermöglichen, ist positiver Erfolg gesichert.

Zahlreiche Anerkennungen aus Fachkreisen.

Zu haben in der

„Universum“-Drogerie

Poznań, ul. Fr. Ratajczaka 38.

Lager von Zerstäubungsapparaten der Firma Carl Platz. Kataloge und Gebrauchsanweisungen unserer Fabrikate unentgeltlich.

Pelze für Damen u. Herren
Etole, Felle allerlei Sorten
kaufst man am besten bei
T. Olszyński, Kirschner, Poznań
Poczowa 29. Tel. 5306.
Reparaturen und Umarbeitung auf
moderne Fägns. Preise mäßig.

Kaufe jeden Posten grüne
Amerikaner-Weiden
gegen sofortige Kasse.
Ferdinand Schmidt, Weidenschälerei,
Strzyżewo, Post Zielona pow. Nowy Tomyśl.

Zum Totenfest!
Moos- und Waldkränze
sowie Grabdecoration
aus frischen und Dauerblumen in geschmackvoller Ausführung
empfiehlt
Blumengeschäft Garlmann
Wielkie Garbarsz 21 und Góra Wilda 41.
Telephon 1371.
Verband nach außerhalb.

Beständig allein
ist der Wechsel,
wenn er dem Gesetz entsprechend ausgestellt ist.
Wollen Sie sich Verdruss und Kosten ersparen, dann kaufen Sie sich die Broschüre

„Die Nebengesetze zum Wechsel- und Scheckrecht“

Aus dem Inhalte:

Die Stempelgebühr von Wechseln,
Fristen, Blankowechsel,
Grundlage der Berechnung,
Protestierung der in Postausträgen überstandenen
Wechsel,
Die zur Anfertigung von Wechsel- und Scheck-
protesten berechtigten Gerichtsorgane,
Die Wechselblankette in Zloty-Daluta,
Die amtlichen Wechselblankette mit Text.

Preis 1,50 Zloty.

Die Broschüre ist zum selben Preis auch in polnischer Sprache erschienen.

Auch die Anschaffung dieses Teiles wird dringend empfohlen, damit der Originaltex der Verordnungen im Verkehr mit den Behörden sofort zur Hand ist.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verleger: Drukarnia Concordia, Poznań, Zwierzyniecka 6.

CREME MAFLOR
das ideale
Mittel zur Erlangung
u. Erhaltung einer zarten
u. reinen Haut. Bestes Vorbeu-
gungsmittel gegen Aufspringen
der Haut. **HENRYK ZAK.**
FABRÍK FEINER PARFUM U. TOILETTESEIFEN

Drukarnia Concordia Sp. Akc.

Abteilung: Maschinen-Reparatur

Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Ausführung von Maschinenreparaturen
Feinmechanik

Schweisserei

Mechanische Messerschleiferei
für Messer jeder Länge, für Pappscheren, Blechscheren
und Messer von Hobelmaschinen usw.

Instandsetzung von Druckerei-Maschinen,
Schnellpressen und Falzmaschinen u. s. w.
unter fachmännischer Leitung eines Ingenieurs

Dreherei

Rehkeulen

Rehblätter

Allerfeinsten

Astrachaner

Caviar

empfiehlt

Josef Glowinski

Poznań, ul. Gwarka 13.

Annoncen-Expedition Kosmos Sp. z o. o.

POZNAŃ

Zwierzyniecka 6. Tel. 6823, 6105, 6275.

Reklame- und Verlagsanstalt

entwirft Anzeigen aller Art
vermittelt Anzeigen für sämtliche
Zeitungen des In- und Auslands.

Alleinige Anzeigen - Annahme
für das Posener Tageblatt, Posen, und für
die Zeitschrift
Handel und Gewerbe
Nachrichtenblatt des Verbandes für
Handel und Gewerbe, e. V., Posen.

Möbel Billig!
und Spiegel aller Art
empfiehlt

Firma: **Pluciński, Poznań**
Wodna 7. Billig!

Düngekalk

empfiehlt preiswert

Gustav Glaetzner, Poznań 3,
Mickiewicza 36. Gegr 1907.
Telephon 6580.

KOKS „GOTTHARD“

anerkannt bester Hüttenkoks zur Zentralheizung
hat abzugeben

alleinige Repräsentation für Großpolen u. Pommerellen

Tow. Handlowe dla Przemysłu Koksoowego Z. O. P.
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 3a/b. Tel. 14-11.

Hund,

klein, jung, wachsam, möglichst
raffeadt. Pojen od. Umgegend zu
kaufen gesucht. Offeren unter C.
B. 2398 an die Geschäftsstelle
d. Bl. erbeten.

Wenn Sie über alle Wirtschaftsfragen
gut und sicher unterrichtet sein wollen,
so abonnieren Sie die Zeitschrift

Handel und Gewerbe.

Erscheint 14tägig.

Preis pro Quartal 3 zł.

Bestellungen zu richten an

Verbund für Handel und Gewerbe
POZNAŃ, ul. Skośna 8.
Telephon 1586.

Kartoffel-Dampf- und
Lupinen-Entbitterungs-Ablagen
Kartoffel-Dämpfer
Kochkessel, Kartoffelquetschen
liefern als Spezialität
Woldemar Günter, Poznań
Landw. Maschinen u. Bedarfsartikel, Öle u. Fette.
Tel. 152-25
Sew. Miejskiego 6.

Photographisches Atelier
alte erstklassige **Lodz** sofort
Firma in **Lodz** zu verkaufen.
Angebote unter 2401 an die Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Arbeitsmarkt

Hofbeamter,

beider Landespr. in Wort und Schrift mäßig, der auch
gleichzeitig die Wirtschaftssachen zu führen hat, z. 1. 12. 26
oder 1. 1. 27 gesucht. Nur Herren mit praktischen landw.
Erfahrungen und mit Interesse für Viehzucht wollen sich
melden. Selbstgeschriebe einer Lebenslauf mit Gehaltsansprüchen
egtl. Würde bei Vertratenein Deputat und Gehalt an

Laute, Rittergutsrächter,
Lopuchowo p. Duga Gostkina, pow. Oboenitz.

Kontoristin,
Evgl. Mädchen,
25 J. alt, sucht Stell. v. sof.
od. v. 1. 12. 26 voll. 1. 1. 27.
In säm'l. Häusarbeiten, Gar-
tenarbeit u. Viehzucht gut ver-
wandert. Off. mit 2808 an
die Geschäftsst. d. Bl. zu richten.

Verbund für Handel und Gewerbe

Poznań.

Telephon 1536.

Unsere Geschäftsstelle
befindet sich in
Poznań, ul. Skośna 8,
partnerre (Ev. Vereinshaus, Rückseite)
Geschäftsstunden 8—9 Uhr
Sprechstunden 11—2 Uhr

Führer durch Posen und Umgebung

in neuer Auflage

mit reichem Bildschmuck und einem Stadtplan

Preis 3 zł.

Herausgegeben im Auftrage der
Historischen Gesellschaft in Posen.

Aus dem Inhalt:

Führung durch Posen an der Hand der bau-
lichen Denkmäler, Museen, Kunstsammlungen
und Gärten.

Die Posener Messe:

Die wichtigsten Behörden, Bevölkerung,
Geistiges Leben, Autobus- und Straßenbahn-
linien, Straßenverzeichnis mit Planquadrat,
Ausflüge, Hotels und Speisehäuser.

Der Führer ist zu beziehen durch die hiesigen
Buchhandlungen und unmittelbar vom Verlage

Drukarnia Concordia Sp. Akc.

Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Spiegelblank



mit
Albin
Fabrikalager: B. Schmidt, Poznań,
Wierzbice 15. Telephon 5151.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 18. November.

Die heilige Elisabeth von Thüringen.

Bum 19. November.

Es gibt wenige gesichtliche Persönlichkeiten Deutschlands, deren Leben und Wirken so mit Sagen und Legenden umgeben sind, wie das Leben und die Tätigkeiten der Heiligen Elisabeth von Thüringen. Als Tochter des ungarischen Königs Andreas II. im Jahre 1207 geboren, kam sie schon als vierjähriges Kind nach Thüringen auf die Wartburg, um dort mit dem ältesten Sohn des damaligen Landgrafen von Thüringen erzogen zu werden. Elisabeth war schon als Kind mit diesem Sohn des thüringischen Landgrafen verlobt worden, der dann im Jahre 1217, im Alter von 17 Jahren, Landgraf wurde. Als Elisabeth den Landgrafen Ludwig im Jahre 1221 heiratete, war sie gerade 14 Jahre alt geworden, und der Landgraf hatte auch jetzt ein Alter von 21 Jahren erreicht. Elisabeth wurde nun die Beschützerin der Armen und Elenden, sie trat überall hervor, wo es Not zu lindern galt. Dabei musste sie den Verwandten ihres Mannes schwere Strafen erdulden. Von besonderer Tatkraft zeigte sich Elisabeth in den Jahren 1225 und 1226, als der Landgraf mit Kaiser Friedrich II. in Italien war. In diesen beiden Jahren war über ganz Thüringen eine Hungersnot hereingebrochen, und Elisabeth, die von ihrem Mann während seiner Abwesenheit als Regentin eingesetzt war, mußte die größten Anstrengungen machen, wenigstens so viel Nahrungsmitte heranzubringen, daß der größte Not der Bevölkerung abgeschafft werden konnte. Dabei scheint auch eine Schuldenlast entstanden zu sein, die ihr nachher, als ihr Mann im September 1227 plötzlich in Otranto verstorben war, von ihrem Schwager besonders zum Vorwurf gemacht wurde. Nachdem die Mitteilung von dem Tode des Landgrafen Ludwig eingegangen war, ließ dieser Schwager Elisabeth mit ihren Kindern völlig mittellos aus der Wartburg vertreiben. Sie erhielt dann durch Vermittlung ihres Sohns mütterlicherseits eine Zufluchtsstätte in Marburg. Dort ließ sie ein Hospital bauen, wurde durch ihren Sohn immer mehr zu Kostenstellungen angepeilt, ihr Körper zerfiel, und sie starb schon am 19. November 1221 im Alter von 24 Jahren. Bereits im Jahre 1225 wurde sie vom Papst heilig gesprochen. Eine Tochter der Heiligen Elisabeth, Sophie, die sich mit Heinrich II. von Brabant vermählte, wurde übrigens die Stammutter des hessischen Fürstenhauses.

Beisehungsfest.

Zur letzten Ruhe gebecket wurde gestern mittag 1 Uhr neben seiner ersten Gemahlin der praktische Arzt Dr. Wilhelm Köhler auf dem alten Kreuzhofe an der Halbdorffstraße unter lebhafter Beteiligung von aufrichtig Leidtragenden aus allen Bevölkerungsschichten unserer Stadt ohne Unterschied der Nationalität und des Velenutriusses. Die Tatsache, daß zu der durch besondere Umstände bedingten ungewöhnlich frühen Beerdigungsfest viele hunderte von Menschen den altehrwürdigen Friedhof nicht etwa aus Neugier, sondern aus würtlicher innerer Anteilnahme für die schwergeprüften Angehörigen des Entschlafenen füllten, wird diesen ein würtlicher Trost in ihrem schweren Leide gewesen sein. Unter den Leidtragenden war u. a. der Generalkonsul Dr. Bassel erschienen und hatte einen Krantz am Sarge niedergelegt, unter der Fülle von Kränzen usw., die den Sarg mehrfach bedekten. Daneben waren der Vorsitzende der deutschen Aerzteverein Posen, Sanitätsrat Dr. Mutschler, sowie der Kreisarzt Dr. Gauk inmitten der ärztlichen Kollegenschaft, und die vielen, vielen Hunderte von Verehrern des Entschlafenen erschienen, die es ihm über das Grab hinaus dankten, daß er ihnen oder den Ihrigen in so mancher Krankheit ein Helfer und Troster gewesen ist.

Das Tagesgeschehen hatte das Nebelgewölk, das bis dahin auf der Erde lagerte, erfolgreich durchbrochen, und die ersten Sonnenstrahlen sentten sich vom blauen Horizont herab, als man den Sarg mit der weißen Hülle des Dr. Köhler aus der Leichenhalle hinaustrug und in das in nächster Nähe befindliche Grab auf der höchsten Stelle des Friedhofs setzte. Der Gesang dreier Strophen von „Jesus, meine Zuversicht“ durch den Deutschen Männer-Gesangverein Posen leitete die Trauerfeier eindrucksvoll ein. Dann hielt der langjährige Freund des Entschlafenen von früher Jugend her, Pastor D. Greulich, eine tiefgerührende Trauerrede über den 1. Korinther 15, 49. „Wie wir getragen haben das Bild des tödlichen Menschen, also werden wir auch tragen das Bild des himmlischen.“ Er zitierte ein Lebensbild des Verstorbenen, der sich selbst kaum jemals Ruhe oder Freude gönnnte, sondern immer in strenger Pflichterfüllung und selbstloser Hingabe an seinen hohen ärztlichen Beruf der Menschheit mit seinen reichen Gaben diente. Die Tausende, die sich um dieses Grab scharten, sind Zeugen davon, was der Entschlafene ihnen als Arzt und Freund gewesen ist. Dann wies er darauf hin, wie er die Schwestern, die auch ihm in so mannigfacher Weise befreit waren, willig und mit unermüdlicher Freudlichkeit ertrug, dankbar für jeden Lächeln, der ihm u. a. in der erst vor wenigen Monaten geschlossenen neuen Scheide stieß. Mit Trostworten an die Hinterbliebenen und dem Hinweis auf das Fortleben des himmlischen Menschen im Jenseits schloß der Geistliche. Dann widmete Sanitätsrat Dr. Mutschler, der Schulfreund und langjährige Kollege des Entschlafenen, anträufend an das Wort „In alius serviendo consumor“ („Für Dienste anderer verzehre ich mich“) im Auftrage der Aerztehaft dem prächtigen Menschen, lieben Freunden und Kollegen, der Freude der medizinischen Wissenschaft einen herzlichen Nachruf, in dem er ganz besonders seine vorbildliche Pflichttreue pries, und streute ihm als letzten Grabschmuck drei Rosen auf das Grab. Ein übermaliger Trauergang des Männer-Gesangvereins und Vaterunser und Segen des Geistlichen bildeten den Schluss der Trauerfeier. Nur langsam trennten sich die Tausende der Teilnehmer von dem Grabe eines Mannes, auf den, wenn irgendwo, des Dichters Wort zu Recht gilt: „Ah, sie haben einen guten Mann begraben, uns war er mehr!“ hb.

Wieder eine stürmische Stadtverordnetensitzung.

Die Kette der bisher vorwiegend idyllisch-ruhigen und nur von leichtem Parteidrinnen bewegten Stadtverordnetensitzungen ist wieder von einer lärmvollen Sitzung des Stadtparlaments unterbrochen worden. Die parteiliche Struktur der Versammlung ist auch wirklich derart, daß bei der Gründung von Vorlagen, die von grundlegender Bedeutung sind, bei etwas erhöhten Gemütern das Publikum leicht auffliegen kann. Gestern kam es soweit, daß man schon Handgreiflichkeiten befürchte, die jedoch glücklicherweise vermieden wurden.

Der Bankappell war das

13. Gehalt für die städtischen Beamten.

Es war selbstverständlich, daß die Linke ähnliche Forderungen für die städtischen Arbeiter stellen würde. Dadurch entstand schon im Ausschuß reichlicher Konfliktstoff, den zu neutralisieren Aufgabe des Magistrats war, da ihn doch die Sache natürlich am meisten anging. Über die Schlichtungsfähigkeiten scheinen noch nicht genug entrichtet zu sein, um entscheidend in die Wagschale geworfen zu werden. Im Laufe der Aussprache waren die verschiedenen Vorschläge gemacht worden, so daß der Versammlungsleiter Hedinger, der diesmal eine erfreuliche Energie an den Tag legte, in eine sehr peinliche Lage geriet, da die Frage des Vorrangs für die Antragsabstimmung in ihrer weiteren Größerung eine funksprühende Wirkung ausübte und die Saaltemperatur auf den Siedepunkt brachte, bis eine negative Lösung mit kühlen Schauern erfolgte.

Der Berichterstatter, Stadt. Wybierski, berichtete über die Vorlage. Danach beläuft sich die für diesen Zweck benötigte

Summe auf rund 184 000 zl. Bestimmt Ersparnisse des Magistrats traten dabei so stark vermindert in Tätigkeit, daß nur eine geringe Summe als besonderer Kredit zu beschließen sei. Die Auszahlung soll nach bestimmten Kategorien vorgenommen werden, und zwar nach folgender, nicht unkomplizierter Rechnung: Bis zu 500 zl Gehalt 100 Prozent, für die zweite Gruppe bis zu 1000 zl 500 zl + 50 Prozent der Differenz von 500, für die dritte Gruppe mit mehr als 1000 zl außerdem 33% Prozent, so daß z. B. bei einem Gehalt von 1800 zl ein 18. Gehalt von 500 zl herauskommt (500 + 50 Prozent von 500 + 33% von 500). Zur Begründung wurden angeführt: Keine Erhöhung der Wohnungsabgabe, obwohl die Mieten erheblich in die Höhe gegangen sind, keine Abancen der etatmäßig angestellten Beamten seit Dezember 1925, diekürzung der kontraktlich Angestellten und die allgemeine Teverung, unter dem ferneren Hinweis darauf, daß doch die städtischen Arbeiter eine 17prozentige Lohnerhöhung durchgesetzt hatten.

Die Linke verlangte einen zweiwöchentlichen Lohn für die städtischen Dauerarbeiter und einen Wochenlohn für die Notstandsarbeiter des Magistrats. Ferner forderte man ein malige Weihnachtsbeihilfe für die Arbeitslosen und eine andere prozentuelle Verteilung für die Beamten, in der Erwägung, daß ein Beamter mit einem Gehalt von 600 zl die Tenerung durchaus nicht so stark empfände, wie ein anderer mit 300 oder 200 zl.

Die Linkspartei drängte energisch darauf, daß über die Genehmigung der beantragten Wochenlöhne noch in derselben Sitzung beschlossen würde, während die Rechte nicht dafür zu haben war. Hätte schon Stadt. Bugzel mit seinem Antrag, der dafür eintrat, daß in der nächsten Sitzung den städtischen Arbeitern in demselben Verhältnis Zulagen gewährt würden wie den Beamten, auf der Linken Missfallen erzeugt und den Vorwurf der Demagogie erneut, so war es mit der Beherrschung der Linken vorbei, als der Stadt. Stachek den sehr klugen Antrag einbrachte, beide Angelegenheiten bis zum nächsten Mittwoch zurückzustellen, der Vorsitzende aber diesen einzigen Ausweg aus der verzweiften Lage übersehen zu müssen glaubte.

Den Versicherungen des Magistrats gegenüber misstrauisch geworden, wollte die Linke eine sofortige Beschlusffassung herbeiführen. Es kam zu einem heftigen Wortgefecht, in dem auch unparlamentarische Ausdrücke fielen, die die Empfänglichkeit gemisser Stadtverordneten so sehr reizten, daß Handgreiflichkeiten bevorzuhten schienen.

Stadt. Professor Dr. Paczkowski fühlte sich durch eine Auflösung des Kollegen Dr. Stark getroffen und war schon im Begriff, auf seinen Gegner loszustürzen, als dieser die gefährliche Lage dadurch aus der Welt schaffte, daß er gereizten Tones darauf hinwies, daß diese Worte nicht ihm, dem Dr. Paczkowski, persönlich gesagt hätten. Die Linke sah ein, daß hier nichts zu machen war und verließ demonstrativ den Saal. Zur Beratung blieben: die beiden Rechtsparteien (Nationaldemokraten und Christlichdemokraten) und die beiden Invalidenvertreter. In namentlicher Abstimmung wurde die Kommission vorlage mit der Entschließung des Stadt. Bugzel angenommen.

In etwas unbehaglicher Stimmung wurde dann noch über die Weiterverwendung der aus dem Titel einer Anleihe des Ministeriums für öffentliche Arbeiten zur Verfügung stehenden Summen Besluß gefaßt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden verschiedene Mitteilungen gemacht und Anfragen gestellt.

Mitteilungen.

Der polnische Schulverein in der Tschechoslowakei bittet um eine Unterstützung.

Die Vereinigung von Veteranen des polnischen Heeres in Amerika plant eine Reise nach Polen für den Sommer des nächsten Jahres und wendet sich schon jetzt an den Magistrat der Stadt Posen, die auch beachtet werden soll, mit der Bitte, für Erleichterungen Sorge zu tragen.

Der Schrebergrätnerverband für Lazarus und Gurtsch in verlangt aus sanitären Rücksichten die Beseitigung der dort befindlichen Hundestration.

Das Komitee zur Ehrengabe des ersten Präsidenten Polens, Gabriel Narutowicz, bittet um eine Unterstützung der Aktion zum Bau eines „Dom Technikow“ zu Ehren Narutowiczs.

Die Polnische Vereinigung der Kulturfreunde Bromberg wendet sich an den Posener Magistrat mit der Bitte, ihr bei der Bekämpfung des Planes der Auflösung des Städts. Museums beizustehen.

Es folgten dann verschiedene

Anfragen.

Stadt. Stuemer trat dafür ein, daß der Magistrat in Anbetracht der in Murowana Goslina getroffenen Vorbereitungen zur Weiterführung der elektrischen Leitung von Owińsk nach dorthin die Finanzierung der betreffenden Arbeiten nicht bis zum nächsten Jahre zurückstellen solle.

Stadt. Bresinski klagte über mangelhafte Straßenbeleuchtung in Gurtschin und der Stadt. Kasprzak über denselben Nebelstand auf der Eichwaldstraße.

Wahlen.

Der erste wichtige Punkt der Tagesordnung war die Wahl von drei Delegierten und drei Stellvertretern zum Kommunal- und Landtag des Kreditverbandes. Es wurden gewählt: Plucinski, Tylezyński und Chmielowski, sowie Kalamański, Gośta und Ballenstedt.

Stadt. Bugzel berichtete darauf über die Vorbereitungsarbeiten zur

Alpolnischen Landesausstellung.

die im Jahre 1929 in Posen stattfinden soll. Die Ausstellung wurde grundsätzlich beschlossen, indem man den Magistrat ermächtigte, entsprechende Vorberatungen mit Regierungsvertretern und den betreffenden Wirtschaftskreisen abzuhalten.

Eine Reihe wichtiger Angelegenheiten war, wie der Vorsitzende zum Schlus der Sitzung mitteilte, nicht genügend vorbereitet, oder es fehlten die betreffenden Berichterstatter, so daß ihre Erledigung ausfallen mußte.

X Auszeichnung. Die goldene Medaille hat die Landwirtschaftskammer dem Besitzer Maciej Kocakowski in Pamiatkowo zuerkannt für seine großen Erfolge auf dem Gebiete der Milchproduktion.

X Eisenbahnverkehr. Die Posener Eisenbahndirektion bittet uns, mitzutun, daß mit Gültigkeit vom 1. Dezember d. J. ab auf der Strecke Bąblin — Oborniki der Fahrplan des gemeinsamen Buges 3054 A folgendermaßen abgeändert wird: Bąblin am 7.24 abends, ab 7.29, Słonawy am 7.30, ab 7.53, Oborniki am 8.4.

X Die Raczyńska-Bibliothek ist nach beendetem Umbau wieder eröffnet worden.

X Endlich erwähnt werden ist gestern der Dachrinnen-dieb, der in den letzten Wochen ein Schweden der Haushälter war, der 19-jährige „Arbeiter“ Anton Golembiewski, Góra (fr. Kronprinzenstr.), als er mit einer neuen Dachrinnendecke gerade von einer „Geschäftsstour“ auf dem Heimwege begripen war. Zu sechs Dachrinnendiebstählen hat er sich bei seiner Vernehmung bereits bekannt.

X Diebstähle. Die neueste Diebstahlsspezialität scheinen Milchkannendiebstähle zu bilden; bekanntlich werden solche Milchkannen von den Küstern frühmorgens vor die meist noch nicht geöffneten Geschäfte gestellt. Vorigestern wurde nun eine solche gefüllte Milchkanne vor einem Kolonialwarengeschäft in der Tiefgaragenstraße 9 (fr. Piastowstraße) gestohlen. Ferner wurden gestohlen: aus einem Korridor in der Schulstraße 9 ein brauner Damengelpack im Werte von 1500 zl; aus einem Schulkorridor Mühlstraße 16 ein Damenschrank im Werte von 350 zl. — Ein schwerer Einbruchsdiebstahl ist gestern nachmittag vom Keller aus in das Uhrmachersgeschäft von Streik, Halbdorffstraße 1, verübt

worüber gestohlen wurden nach bisherigen oberflächlichen Feststellungen einige 50 Uhren.

X Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heut. Donnerstag, früh + 1,83 Meter, gegen + 1,48 Meter gestern früh.

X Wetterbericht. Heute. Donnerstag, früh waren bei beölkttem Himmel 11 Grad Wärme.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Donnerstag 18. November. Gang. Verein junger Männer, abends 7½ Uhr: Gesangstunde, abends 8½ Uhr: Bibelbesprechung.

Freitag, 19. November. Verein Deutscher Sänger. Übungsstunde abends 8 Uhr im Evgl. Vereinshaus.

Freitag, 19. November. Stenographverein Stolze-Schrey. Übungsstunde abends 7 Uhr im Below-Knothofchen Gymnasium.

Sonnabend, 20. November. Gang. Verein junger Männer, abends 7 Uhr: Turner, abends 8 Uhr: Posanenchor.

+ Die Versammlungen des Posener Blau-Kreuz-Vereins 1892 finden puntüll jeden Sonntag nachm. 4 Uhr in der Glogauerstraße 55 b statt.

Konzert Zofia Umlauf und Andrzej Komorowski. Die am heutigen Stadttheater tätig gewesene Sängerin Zofia Umlauf und der Violoncellist Komorowski geben am Sonntag, 21. d. M., abends 8 Uhr im Evangelischen Vereinshaus ein eigenes Konzert. Eintrittskarten bei Szrejnowski.

Gottesdienst-Ordnung für die deutschen Katholiken.

Bom 20. bis 27. November

Sonnabend 5 Uhr Beichtgelegenheit. — Sonntag 1/2 Uhr Beichtgelegenheit; 9 Uhr Predigt und Amt; 3 Uhr Rosenkrans. Predigt und hl. Segen. — Montag 7 Uhr Sitzung des Gesellenvereins. — Dienstag 7 Uhr Sitzung des Junglingvereins.

Aus der Wojewodschaft Posen.

* Adelsau, 17. November. Schätzjährlinge Kinder haben in Dobrcz ein Feuer veranlaßt, dem die gefüllte Scheune und landwirtschaftliche Maschinen des Wirts Augustyn Wojciech im Gesamtwerte von 3000 zl zum Opfer gefallen sind. Beim Entfernen der alten Leitungsstangen durch neue fiel eine Stange auf den Monteur Józefat Blazinski, der so schwere Verletzungen erlitt, daß er kurz darauf starb.

* Bromberg, 17. November. Im Bahnhofsgebäude wurde ein etwa zwei bis drei Tage altes Kind männlichen Geschlechts gefunden, das in das Stadtkrankenhaus geschafft wurde.

* Nowyrock, 16. November. Der Stadtpräsident gibt bekannt, daß von heutigen Tage ab der Höchstpreis für ein 3-kg-Fundbrot auf 90 gr festgesetzt wurde. Dieser Preis darf nicht überschritten werden.

* Kratoschin, 17. November. Nach 50jähriger Tätigkeit ist der Lehrer Radziejewski in den Ruhestand getreten.

□ Rawitsch, 17. November. Seit gestern beträgt der Preis für 1 Pfund Roggenbrot 30 gr.

* Wollstein, 15. November. Am Donnerstag fuhr der Kreiswegemeister J. Ritschke von hier in den Kreisamt von Przedmoje aus Cr. Nelle nach Kopnitz. Beim Aussteigen eines vorbeifahrenden Fuhrwerks geriet das Auto unmittelbar hinter der Stadt ins Schleudern und fuhr auf einen Chauffeebaum auf. Der Chauffeur rettete sich durch Abseilen, während der Insasse Ritschke sich den Bruch dreier Rippen zuzog. Die mitfahrenden Kinder kamen mit ganz leichten Hautabschürfungen davon.

* Birke, 16. November. Wegen Lohnforderungen fanden vor der Schreinprobe einer heiligen Holzfigur Aufsammlungen von Arbeitern statt, die durch eine Ausrufung bei dem Betriebsleiter um Auszahlung ihres schon seit vier bis fünf Wochen fälligen Lohnes vorstellig wurden. Doch wurden sie wieder bis Dienstag nächster Woche vertrieben. Am Nachmittag holt die Polizei vollaus zu tun, um die aufgeregte Menge in Schach zu halten.

Aus der Wojewodschaft Pommern.

* Dirschau, 16. November. Am Mittwoch abend brach auf dem Pfarrhausegrundstück in Groß Garz, Bäcker Brzozowski, in der Scheune ein Brand aus, durch welchen diese mit ihrem ganzen Inhalt vollständig vernichtet wurde. Verbrannt sind dabei etwa 75 Jahre Erbsen, 150 Zentner Getreide und zwei Mähdrescher. Die bald an der Brandstelle erschienen Feuerwehr mußte sich lediglich auf die Erhaltung der anderen Wirtschaftsgebäude beschränken. Die Entzündungsfurche ist bisher unerklärt, aller Wahrscheinlichkeit nach aber auf Brandstiftung zurückzuführen.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Czestochowa, 16. November. Infolge schwieriger wirtschaftlicher Verhältn

Stettin und Danzig in scharfem Wettbewerb

Rekordumschlag in Danzig. — Um die Erzeinfuhr.

Auswirkungen des englischen Kohlenkampfes.

Von unserem Stettiner Korrespondenten.

In den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres sind im Stettiner Hafen nach einer vorläufigen Berechnung 3.686.217 Tonnen im Güterverkehr umgeschlagen worden. Im ganzen Vorjahr gelangten zum Umschlag 4.165.000 Tonnen, so daß Stettin bis zum Ende dieses Jahres nur noch rund 500.000 Tonnen umzuschlagen braucht, um die Umschlagshöhe des Vorjahres zu erreichen. Und so kann heute schon gesagt werden, daß der Stettiner Hafen 1926 — vorbehaltlich unvorhergesehener Zwischenfälle — eine nicht unerheblich höhere Umschlagsziffer aufweisen wird als 1925. Das alles ist natürlich sehr erfreulich, doch wird das Bild ein anderes, wenn man die Entwicklung des Danziger Hafens derjenigen des Stettiner Hafens in der gleichen Zeit gegenüberstellt. Danzig hat in den abgelaufenen Monaten dieses Jahres im Güterumschlag einen Rekord aufgestellt, der Stettin zu denken geben muß. In der Zeit vom Januar bis September 1926 sind nämlich im Danziger Hafen 4.257.943 Tonnen zum Umschlag gekommen, was gegenüber dem ganzen Vorjahr eine Steigerung um rund 75% (1925 2.722.748 t) bedeutet. Wichtiger aber ist noch die Feststellung, daß Danzig mit dieser Riesen-Umschlagsziffer bereits den Umschlag Stettins während des ganzen Jahres 1925 erreicht und sogar überschritten hat (1925 wurden in Stettin 4.165.000 Tonnen umgeschlagen).

Einigermaßen verständlich wird dieser gewaltige Unterschied in den Umschlagsziffern Stettins und Danzigs, wenn man folgendes beachtet: Zu Beginn dieses Jahres machte sich die Konkurrenz des Danziger Hafens stärker bemerkbar, als die Erzeinfuhr über Stettin geringer und über Danzig stärker wurde. Grund hierfür war und sind noch heute die niedrigen Tarife der polnischen Eisenbahnen, die die Erze nach Oberschlesien transportieren. Dieser für Stettin unerfreuliche Zustand hätte weiter angedauert, wenn nicht in England der Kohlenstreik zum Ausbruch gekommen wäre, der dem Stettiner Hafen, wie vielen anderen, im Zusammenhang mit anderen Faktoren einen mehr als vollwertigen Ersatz hinsichtlich der Erzeinfuhr bis zum heutigen Tage bot, und auch noch in den kommenden Monaten bieten wird, denn dadurch kam es zu einem außerordentlich großen Kohlenexport über Stettin, aber auch über Danzig. Hinzu kam noch für Danzig, daß Polen außer der Kohleausfuhr auch noch seinen Holzexport steigerte. Wenn nun die Aufwärtsbewegung in Danzig im September zum Stillstand gekommen ist, so ist dafür wohl in der Hauptsache die Erhöhung der Frachtraten verantwortlich zu machen, die zu einer Abwanderung vom Wasser- zum Landtransport geführt hat. Inwieweit sich die verschiedenen Raten erhöhungen für Stettin nachteilig bemerkbar machen werden, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Auf jeden Fall muß aber abschließend betont werden, daß Stettin rechtzeitig alle die Maßnahmen treffen muß, die geeignet sind, die Wettbewerbsfähigkeit seines Hafens gegenüber der Stadt Danzig zu erhalten und womöglich noch zu steigern, denn der Kohlenstreik in England geht auch einmal zu Ende, und dann ist der oben skizzierte Zustand zu Beginn dieses Jahres wieder erreicht, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß die Kohleausfuhr über Stettin nach Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks mit einem Schlag aufhört. Zu den zu treffenden Maßnahmen gehört mit in erster Linie die Einführung des seit geraumer Zeit geplanten sogenannten Kampftarifes der Reichsbahn, um zu erreichen, daß die Erztransporte wieder wie früher in stärkerem Maße über Stettin gehen. Auf die weitere Entwicklung der beiden Häfen in den nächsten Wochen und Monaten darf man jedenfalls gespannt sein.

Panik an der Pariser Börse.

Paris, 18. November. (R.) Die Pariser Börse hatte gestern, wie der Lokalangeber berichtet, geradezu einen schwarzen Tag. Unter dem Einfluß der weiteren Klärung der innerpolitischen Lage ging das Pfund von 145½ auf 141 zurück. Die Flauta am Devisenmarkt zog auch den übrigen Markt in Mitleidenschaft, und sämtliche französische Industriepapiere und Auslandswerte hatten Kursschläge von 10% und mehr zu verzeichnen. Es herrschte geradezu eine Panik, die dadurch verstärkt wurde, daß verschiedene große Firmen wegen Geldmangels zur Liquidation gezwungen waren.

Über das Moratorium für Kriegswechsel in Polen, das am 31. Dezember d. J. abläuft, wird im Laufe dieser Woche eine vom Finanzminister einberufene Konferenz unter Beteiligung von Vertretern der Banken, des Börsenvorstandes, der Industriekreise und des Privatkapitals verhandeln. Das Finanzministerium soll, wie verlautet, auf dem Standpunkte der Aufhebung des Moratoriums stehen, was den Wünschen und Interessen der finanziellen Kreise vorläufig kaum entsprechen würde.

Die Rekord-Baumwoll-Ernte und die Lösung des Preisproblems. (W. K.) Dank dem ausgezeichneten Wetter im September und Oktober kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Ernte in amerikanischer Baumwolle die beste diesjährige Ernte überhaupt und die vorhandene Baumwoll-Menge die größte Rekordmenge ist, die je zur Verfügung stand. So erfreulich an und für sich diese Tatsache ist, so schwierig ist die Lösung des Preisproblems auf dieser Grundlage. Gegenwärtig ist immer noch ein Rückgang um 30 Dollar pro Ballen gegenüber dem höchsten Preis der laufenden Saison festzustellen und das Preisniveau der gegenwärtigen Saison ist immerhin noch 50% niedriger als die Maximalpreise der Vorsaison. Es ist auch bekannt, daß die augenblicklichen Verkaufspreise unter den Produktionskosten liegen und schon aus diesem Grunde kann man kaum darauf rechnen, daß sich das gegenwärtige niedrige Preisniveau halten wird. In der ganzen Textilbranche ist man der Überzeugung, daß die augenblicklichen Baumwollpreise abnorm niedrig sind und sich nicht halten können. Die ersten Preisehöhungen sind dann ja bereits erfolgt. Diese Überzeugung wird noch dadurch bestärkt, daß die Pläne zur Aufteilung der überschüssigen Ernte immer greifbarere Formen annehmen und in diesem Jahr allgemein mehr Baumwolle gekauft wird als im Vorjahr; so haben die amerikanischen Fabriken bisher 15% mehr benötigt als in der gleichen Zeit des Jahres 1925.

Man sieht allmählich immer mehr Möglichkeiten, 1 Million Ballen Baumwolle für eine Zeit von zirka einem Jahr aus dem Markt und auf Lager zu nehmen. Die amerikanische Regierung hat selbst ausdrücklich auf die Möglichkeit der Kreditierung hingewiesen und die Hilfe der Kreditbanken und der „Federal Reserve Bank“ zugesagt. Allerdings ist die amerikanische Regierung nicht gewillt, selbst eine bestimmte Baumwollmenge aus dem Markt zu ziehen, sondern sie will dies den einzelnen Verbrauchern überlassen und lediglich Kreditmittel dafür zur Verfügung stellen. Wenn es aber gelingt, bis zum nächsten Jahr die Baumwollvorräte unterzubringen, so hofft man über den Berg zu sein, denn in der nächsten Ernte wird die Baumwoll-Anbaufläche stark reduziert werden. Bisher ist ein ungenügend hohes Preisniveau immer der Anlaß zu starken Anbau-Reduktionen gewesen, die sich ganz automatisch auswirken... Im übrigen glaubt man, daß die Preiskrise des Baumwollmarktes auch eine ganznatürliche Lösung finden wird. In dem letzten Jahre hat sich ein starker Baumwoll-Hunger auf dem Textilmärkte gezeigt und lediglich die Tatsache, daß die Baumwollpreise noch zu hoch waren und keinen ausreichenden Gewinn gestatteten, hat die Produktion an Baumwollwaren zu Gunsten anderer Artikel zurückgedrängt. Jetzt wird man zweifellos wieder in vermehrtem Maße auf Baumwolle als Grundstoff zurückgreifen, zumal die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die „billigen Baumwollpreise“ gelenkt ist, und die gesamte Branche möglichst rasch davon profitieren möchte.

Es muß weiterhin noch darauf hingewiesen werden, daß die feineren Baumwollgruppen durchaus nicht so gut in diesem Jahr ausfallen sind wie im Vorjahr. Es herrscht zwar ein Überfluß an Fasern von 7–8 und 15–16 Zoll und auch an Low-Middling

und niederen Graden ist großer Überfluß. An größeren Mengen als 1 Zoll an Midling bis Good Midling ist jedoch nicht übermäßig viel vorhanden und die Preise in diesen Qualitäten beginnen daher auch wieder anzuzeigen. In Oklahoma, Texas, Arkansas und Missouri, wo im allgemeinen längere Baumwoll-Fasern als 1 Zoll produziert werden, sind infolge der Regenfälle die Längenverhältnisse nicht besonders günstig ausgefallen. Nachdem der erste Ansturm des Verkaufes um jeden Preis vorbei ist, beginnen die Farmer auch wieder, eine sorgfältigere Auswahl zu treffen und verkaufen mit Vorliebe die kürzeren Sorten und behalten die längeren für später zurück. Man wird daher besonders hier mit einem weiteren Anziehen der Preise rechnen können und gut tun, sich rechtzeitig einzudecken.

Märkte.

Getreide. Warschau, 17. November. Für 100 kg fr. Verladestation wurde gezahlt: Weizen 52 zl., Roggen 116–117 f holl 40%, Hafer 33–33½, fr. Warschau 34.50, Braugerste 37–38, Graupengerste 33–34, Viktoriaerbsen 90, gewöhnliche Erbsen 75, Speisekartoffeln 8.5–9.5, fr. Warschau 9.50–10.5 für 100 kg.

Danzig, 17. November. Weizen 126/27 f 5.50–5.75, Roggen 117/18 f 4.65, Hafer, weißer 3.50–3.75, Braugerste 4–20 bis 4.40, Futtergerste 4–4.20, Grieß 4.35–4.50, Felderbsen 14 bis 17 Pfd. Sterl., Futtererbsen 10–12, Viktoria 22–29, grüne 17–24, Mischerbsen 8–9 Wicken 9.10–10, Peluschen 9.10 bis 10, trockener Raps 8–8.25, blauer Mohn 20–23, gelber Senf 9–11, Weißklee 25–45, Rotklee 30–50, Schwedenklee 30–45, Bastard 16–28, Hanfsaat 5–5.55, Leinsaat 15–16 Pfd. Sterl., Bohnen 16–17.

Berlin, 18. November. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg. sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen: märk. 273.00–276.00, Dez. 289.5–289, März 288.5–287.5 Mai 287.5–288, Roggen: märk. 224–229, Dezember 239.50–240.00, März 244.50–245, Mai 246–247. Gerste: Sommergerste 220–252, Futter- u. Wintergerste 195–208, Hafer: märk. 186–192, Dez. —, März —, Mai —, Mais: loco Berlin: 198–208 Weizenmehl: fr. Berlin: 36.75–38.75, Roggenmehl: franko Berlin: 32.50–34.25, Weizenkleie: franko Berlin: 11.25, Roggenkleie: fr. Berlin: 12.00, Raps: —, Leinsaat: —, Viktoriaerbsen: 60–63, kleine Speiseerbsen 38–41, Futtererbsen 22–25, Peluschen 21–22, Ackerbohnen 21.50–22.50, Flecken 24–25, Lupinen blau 14–14.5 Lupinen gelb 15.00–15.50, Seradelle neu 22–23, Rapskuchen 16.20–16.40, Leinkuchen 20.80–21.00, Trockenknöpfchen 9.5–9.8, Sojaschrot 19.3–19.5, Kartoffelflocken 25.00–25.50. — Tendenz: für Weizen matter, Roggen schwächer, Gerste ruhiger, Hafer ruhiger, Mais ruhig.

Produktenbericht. Berlin, 18. November. (R.) Der Produktenmarkt zeigt heute eine beträchtliche Abschwächung für Weizen, da die um etwa 20–25 Guldencents ermäßigten Forderungen der Ueberseelader im hiesigen Preismarkt sich bemerkbar machen. Vom Inlande ist das Angebot weiterhin nur sehr gering. Die Preise im Zeitmarkt waren um 2 Mark zurückgegangen. Auch Roggen ist weiterhin sehr knapp angeboten und von Seiten der schwachversorgten Berliner- und Provinzmühlen sehr begehrt. Die amerikanischen Offerten für Roggen sind so wesentlich ermäßigt, daß nicht nur der deutsche Roggen im Ausland kaum noch konkurrenzfähig ist, sondern auch nach der Nordsee und dem Rheinlande gute Rechnung bietet. Die Roggenlieferungspreise waren für Dezember ermäßigt, konnten sich aber dann wieder behaupten, während die Frühjahrspreise um etwa 3 bis 4 Mark erniedrigt wurden. Weizenmehl ist zu 25–50 Pfennigen billigeren Preisen stärker offeriert, aber immer noch schwer verkäuflich. Roggenmehl ist wenig offeriert. Hier und da versuchte man auf Grund des Nachgebens der Roggenlieferungspreise Käufe zu machen, hatte aber infolge des Materialmangels nicht viel erreicht. Hafer reichlich offeriert bei größerer Zurückhaltung der Käuferschaft. Gerste ist in mittleren Sorten gut gehalten, in geringeren Sorten dagegen abgeschwächt.

Chicago, 16. November. Weizen: Hardwinter II loco 139¾, Dez. 134⅓, Mai 139⅓, Juli 132½, Roggen II loco 95¾, Dez. 91¾, Mai 98⅓, Juli 98, Mais: gelber II loco 71¾, gemischter II loco 71, Dez. 69⅓, Mai 78.5, Juli 81⅓, Hafer II weißer loco 50, Dez. 41⅓, Mai 45⅓, Juli 45⅓, Gerste: Malting loco 52–74. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Vielf. und Fleisch. Lublin, 17. November. Für 1 kg wurde notiert: Rindfleisch 2–2.10, 2.60–2.80, Schweinefleisch 3.10 bis 3.40, Kalbfleisch 2.20–2.40, Speck 5, Schmalz 5, Schweine Lebendgewicht 2.30–2.60, Rinder 0.80–0.90. Die Tendenz ist fest. Die Nachfrage stark. Geschlachtet wurden in der Zeit vom 7. bis 15. d. Mts. 212 Rinder, 21 Färsen, 222 Kälber, 1 Schaf und 309 Schweine.

Wien, 17. November. Notierungen für 1 kg: Rinder 1.50 bis 1.60, Hammel 1.40–1.50, Schweine 2–3.20, frischer Speck 3.80–4, Inlandsspeck 3.90–4.40, Schweineschmalz 4.40–4.80, Talg 3.90–4.40. Aufgetrieben wurden 44 Pferde, 253 Rinder, 280 Schweine, 9 Ferkel, 72 Schafe und 53 Kälber. Gezahlt wurde pro Stück: Für Pferde 30–380 zl., Rinder 100–350, Schweine 30–350 zl., Ferkel 5–20, Schafe 18–28 zl und für Kälber 20 bis 45 zl.

Textilwaren. Łódź, 17. November. Die Firma Krusche u. Ender notiert: Baumwollwaren und Weißwaren: Polnisches Leinen Ia 20 1.58 zl., Feinleinen 1.49, Pabianicer Leinen (1000) 1.49, Kościuszko 1.56, Schirting A 1.40, Viktoria 80–1.52, „00“ 1.92, Kreas 70–1.15, 80–1.25, 90–1.35, Hausleinen 2.47, Bauernleinen 2.62, Drillich B 1.42, Farbige Leinen: Ia 1.46, Heringbon 70–1.64, 80–1.76, Tyk 20–1.60, Einschütte C 1.75, Inlett A 1.59, Winterstoffe: Alaska 1.55, Barchend I 2.10, II 1.56, Rohbarchend 1.79, Oliria 1.58, Helena 1.63, Lama D 1.44, Syrena A 5.10, B 1.86, C 1.90, Lama A 1.40. Die Firma „Wola“ notiert: (In Dollarcent pro Meter): Columbia 19, Inlett „18“ 15, „20“ 17.25, „142“ 29, „152“ 32, Taschenfutter 17.40, „Granat“ 16.80, Atlasfutter 19, doppelt 37.80, Diagonal 15, Barchend extra 16, Flanelett 17.

Metalle. Warschau, 17. November. Die Firma „Elibor“ notiert für 1 kg in Zloty. Banca-Zinn 16, Zinkblech 2, verzinktes Blech 1–15, Eisendachblech 0.84, Eisen 0.40, Eisenbalken 0.44, Hufnägel 39.50 pro Kiste. Rohguß Freudenstüttie wird von der Vertretung Wdowiński in Warschau mit 200 zl loco Station Neu-Beuthen notiert.

Generalversammlungen.

24. November. Cukrownia — Zuckerraffinerie — „Opalenitza“ S. A., um 10½ Uhr, ordentliche Generalversammlung dortselbst.
25. November. „Konfekcja Damaska“ S. A., ordentliche Versammlung um 5 Uhr in Posen, ul. Wielka 27/29.
26. November. „Lubońska Fabryka Drózdy“ S. A. früher G. Sinner A.-G. in Luboń, ordentliche Versammlung in der Bank Kwieciński-Potocki Posen, Aleje Marinkowskiego 11.
26. November. „Medycyna“ S. A., außerordentliche Generalversammlung (Liquidationsversammlung) um 6 Uhr im Büro des Notars Cichowicz in Posen, plac Wolności 18.

Börsen.

Devisenparitäten am 18. November.

Dollar: Warschau 9.—, Berlin 9.04, Danzig 9.04, Reichsmark: Warschau 213.90, Berlin 214.93, Danz. Gulden: Warschau 175.37, Danzig 174.58, Goldzloty: 1.736.61.

Ostdevisen. Berlin, 18. November. 2nd nachm. Auszahlung Warschau 46.405–46.645, Große Polen 46.435–46.915, Kleine Polen —, 100 Rmk. = 214.38–215.49.

Für alle Börsen- und Marktberichte übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr und Haftpflicht.

Posener Börse.

	18. 11.	17. 11.	18. 11.	17. 11.
3½ und 4% Posener Vorkriegspfandbr.	61.50	58.00	Goplana (10 zl.)	13.00
		— 59.00	C. Hartwig (50 zl.)	23.00
8 dol. listy Poz. Ziemi. Kredyt.	6.90	7.20	Hurt. Skór (1000 Mk.)	1.61
	—	7.10	Dr. R. May (1000 Mk.)	36.25
5% Poz. konwers.	0.49	0.49	Pozn. Sp. Drzewna (1000 Mk.)	0.55
Bk. Przemysłowców (1000 Mk.)	—	—	Unja (12 zl.)	6.30
	—	—	Wytwarz. Chemiczna (1000 Mk.)	0.60
Brow. Krotoszyński (30 zl.)	—	15.00	Zied. Browary Grodz. (1000 Mk.)	1.16
Centr. Roln. (1000 M.)	0.55	—	Tendenz: anhaltend.	

Warschauer Börse.

|--|